

Tschernobyl ist morgen



Zeitschrift der Alt-Katholiken für Christen heute

55. Jahrgang April 2011

christen heute

Besuch in Tschernobyl

Seite 77

Nukleare Unsicherheit & kein Endlager

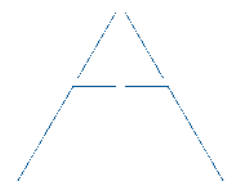
Seite 79

Die Lösung steht am Himmel

Seite 81

Präimplantationsdiagnostik

Seite 84



Neuer Gedenktag

Zum ersten Mal fand am 20. März in der römisch-katholischen Kirche der Schweiz ein „Dies judaicus“ statt, ein Tag des Judentums. In der Schweiz will man einen anderen Weg gehen als in anderen Ländern. **Christian Rutishauser**, Mitglied der Dialogkommission zwischen Schweizer Bischofskonferenz und Israelitischem Gemeindebund, sagte dazu gegenüber Radio Vatikan: „Die haben alle den 17. Januar genommen. Die Schweiz hat sich hingegen entschieden, einen Sonntag zu nehmen, weil da einfach mehr Leute erreicht werden, und es auch besser an die Liturgie zu binden ist.“ Die Päpstliche Kommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum hat allen Ortskirchen empfohlen, einen eigenen Tag des Judentums einzurichten. Für diese Idee hatten sich unter anderem Israels Oberrabbiner einmal in einem Gespräch mit dem früheren Papst Johannes Paul II. eingesetzt.

Dringend

Die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), **Margot Käßmann**, hält die rasche Einführung von islamischem Religionsunterricht für „dringend geboten“. In Deutschland gebe es gut eine Million muslimischer Schüler, die ein Recht auf Religionsunterricht hätten, sagte Käßmann bei einem Kongress in Bochum. „Und zwar als ordentliches Lehrfach, in deutscher Sprache und mit ausgebildeten Lehrkräften“, ergänzte die Theologin. Ihr missfalle die andauernde Debatte über bildungsferne Migrantenfamilien in Deutschland, sagte Käßmann. Besonders türkische Einwanderer setzten große Hoffnungen auf die Bildungsleistung ihrer Kinder. „Sie haben aber keine Erfahrung mit dem deutschen Schulsystem“, so die Theologin. Das führe bei aller Anstrengung oftmals zu Enttäuschung, Frustration und dem Gefühl ausgegrenzt zu sein. „Hier muss Integration ansetzen. Wir müssen uns um diese Menschen kümmern und uns engagieren“, meinte die ehemalige Bischöfin.

Aufforderung zum Rücktritt

Die **Christliche Initiative Romero** hat den Essener Bischof **Franz-Josef Overbeck** zum Rücktritt von seinem Amt als Adveniat-Bischof aufgefordert. Dies sei nicht mit seinem neuen Amt als deutscher Militärbischof vereinbar. In einer Erklärung heißt es: „Wir wollen hier nicht die umstrittene Rolle thematisieren, die in der deutschen Geschichte Militärseelsorge immer wieder gespielt

hat, oder gar die theologische Legitimationsfrage von Militärseelsorge aufwerfen. Aber wir wollen daran erinnern, dass in der jüngsten Geschichte des lateinamerikanischen Kontinents die Koalition von Militärs und Teilen der kirchlichen Hierarchie der brutalen Unterdrückung und mörderischen Verfolgung von Volksbewegungen gedient hat.“ Aus diesen Gründen wurde 1978 der Essener Bischof Franz Hengsbach zum Rücktritt vom Militärbischofsamt gedrängt, um Adveniat-Bischof bleiben können.

Wunsch nach mehr Dialog

Papst **Benedikt XVI.** will während seines Deutschland-Besuchs im September einen stärkeren ökumenischen Akzent setzen als bislang geplant. „Ich werde alles tun, damit die Begegnung mit den evangelischen Christen gebührenden Raum erhält“, zitiert die *FAZ* aus einem Brief des Papstes. Der EKD-Ratsvorsitzende **Nikolaus Schneider** reagierte erfreut auf den Brief. Anlass des Schreibens von Benedikt war der von der EKD geäußerte Wunsch nach einer eingehenden Begegnung und einem gemeinsamen Gottesdienst. Es wäre gerade unter ökumenischen Gesichtspunkten „reizvoll und ergiebig“, sich über die Bedeutung der Reformation aus evangelischer und katholischer Perspektive auszutauschen, heißt es in einem Schreiben, das Schneider im Februar an den Papst gerichtet hatte. Mit Blick auf den 500. Jahrestag der Reformation 2017 äußerte der EKD-Ratsvorsitzende darin den „herzlichen Wunsch“, gemeinsame ökumenische Schritte zu erörtern, die sich mit dem Reformationsjubiläum als einmaligem Ereignis verbinden ließen. Als Ort für diese Begegnung mit dem Papst schlug Schneider das ehemalige Augustinerkloster in Erfurt vor.

Wechsel

Seit Beginn der Fastenzeit bereiten sich 33 Gruppen von Anglikanern darauf vor, dem römisch-katholischen **Personal-Ordinariat „Our Lady of Walsingham“** beizutreten. Im November 2009 wurde den Anglikanern mit dem Papst-Erlass „*Anglicanorum coetibus*“ die Möglichkeit gegeben, bei einem Übertritt eigene Kirchenstrukturen beizubehalten. Der Traditionsverlust werde dadurch vermieden, so der Vatikan. In Großbritannien wurde Mitte Januar 2011 das erste Personal-Ordinariat errichtet. Auch andere Länder wie etwa die USA, Kanada und Australien wollen nachziehen. Mehrfach betonte der Vatikan, dass dies keine Initiative zur

Abwerbung von Mitgliedern anderer Kirchen sei. Der ökumenische Dialog dürfe dadurch nicht belastet werden, jedoch wolle man Suchenden eine neue geistliche Heimat anbieten. Die etwa 20 britischen Geistlichen und 600 Laien werden zu Ostern mit dem Sakrament der Firmung offiziell Teil der römisch-katholischen Kirche.

Warten auf neues Gotteslob

Der Würzburger Bischof **Friedhelm Hofmann** hat als Vorsitzender der Unterkommission „Gemeinsames Gebet- und Gesangsbuch“ in der Deutschen Bischofskonferenz von den Schwierigkeiten bei der Veröffentlichung des neuen Gotteslobs gesprochen. Diese verzögerten den Zeitplan. Gegenüber dem Kölner *domradio* sagte Hofmann, das neue Gotteslob erscheine frühestens 2013. „Anders als im bisherigen Werk berücksichtigt das neue Gotteslob Gesänge aller Epochen, also auch Lieder, die aus Gründen des damaligen Zeitgeistes ins aktuellen Gebet- und Gesangbuch nicht aufgenommen wurden. Selbstverständlich ergänzt auch Neues Geistliches Liedgut das künftig zur Verfügung stehende Repertoire, da viele Gemeinden dies wünschten. Völlig neu sind Häusliche Feiern im Kreise von Familien und Freunden, die das gemeinsame Singen und Beten in gewohnter Lebensumgebung bereichern“, so der Bischof.

Ehrenamt im Strafvollzug

Der **Arbeitskreis Strafvollzug des Komitees für Grundrechte und Demokratie** in Köln hat dazu aufgerufen, ehrenamtlich in einer Justizstrafanstalt mitzuarbeiten. Das könne auf ganz verschiedene Art und Weise geschehen: in der Einzel- und Gruppenbetreuung, bei Freizeitangeboten oder Ausgängen, durch Beratung in persönlichen Anliegen und Problemen, oder bei der Vorbereitung der Entlassung. Insbesondere Strafgefangenen, die gar keine oder kaum Kontakte nach draußen haben, könnte damit sehr geholfen werden. Der Arbeitskreis hat eine detaillierte Zusammenstellung über die rechtlichen und praktischen Bedingungen der ehrenamtlichen Mitarbeit der Justizvollzugsanstalten in den verschiedenen Bundesländern erarbeitet. Diese ist erhältlich beim Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11, 50670 Köln. Man kann sich bei Interesse auch direkt an die nächste Justizvollzugsanstalt oder an das jeweilige Landesjustizministerium wenden.



Tschernobyl ist morgen

25 Jahre ist es nun her: Am 26. April 1986 kam es im ukrainischen Atomkraftwerk Tschernobyl zum Super-GAU, einem Unfall, der den „GAU“, den größten Unfall, der als Möglichkeit in einem Atomkraftwerk angesehen wurde, noch übertraf. Tausende von Menschen sind auf Grund dieses Super-GAUs zu Tode gekommen oder erkrankt: Schilddrüsenkrebs, Magen-Darm-Erkrankungen, Herz- und Bluterkrankungen, Leukämie, Brustkrebs und Organ-Krebs-Erkrankungen, Jugend-Diabetes und Immunschwächen sind nur einige Beispiele.

Nach Informationen der „Hilfe für Tschernobyl-Kinder“ der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover sind besonders Säuglinge und Kinder betroffen, die in dieser verstrahlten Umwelt geboren werden und aufwachsen. So habe die Säuglings- und Kindersterblichkeit zugenommen, ebenso seien vermehrt Missbildungen oder Totgeburten festzustellen. „Und die Zahl der Erkrankungen steigt weiter an. Der negative Höhepunkt ist nach der Meinung von Experten noch lange nicht erreicht, weil die Langzeitfolgen der Verstrahlung kaum abzuschätzen sind und erst allmählich sichtbar werden“, so die „Hilfe für Tschernobyl-Kinder“ in ihren Informationen.

Atomkraft-Renaissance?

Dennoch wird von interessierten Kreisen in Wirtschaft und Politik immer wieder eine Renaissance der Atomkraft prognostiziert. Für mich unfassbar. Denn neben den Unfall-Gefahren mit ihren unabsehbaren Folgen besteht auch weiterhin die Gefahr, dass ein Atomkraftwerk in den Fokus eines gezielten Terroranschlags genommen wird (siehe dazu auch das Interview mit dem Atomenergie-Experten Dr. Helmut Hirsch in dieser Ausgabe), oder dass sich die Atomtechnologie in Länder von Despoten ausbreitet, welche sich zu einer Nuklearmacht aufschwingen wollen.

Die derzeitige Bundesregierung hat sich zu einer Verlängerung der Laufzeiten von AKW entschlossen, die bei Ansatz des bisherigen jährlichen Auslastungs-Mittelwerts der deutschen Atomkraftwerke von 82 Prozent zu Laufzeiten von bis zu 50 Jahren für ein AKW führen werden. Eine solche Laufzeit ist nach Ansicht des ehemaligen Atommanagers und heutigen Atomkritikers Klaus Traube unverantwortlich. „Für derart lange Laufzeiten wurden die deutschen AKW von vornherein gar nicht konzipiert“, so Traube in einem Analysepapier, welches er für den Deutschen Naturschutzring verfasst hat. Je älter, desto störanfälliger würden die AKW.

Und Tschernobyl kann sich jederzeit wiederholen. Diese Katastrophe ist kein Ereignis in der Vergangenheit, sondern schneller als uns lieb ist ein Ereignis von morgen. So hatte es beispielsweise beim AKW Brunsbüttel im Dezember 2001 eine Wasserstoffexplosion gegeben, bei der das AKW nur knapp an einem GAU vorbeigeschrammt ist. Über einen längeren Zeitraum hatte der Betreiber Vattenfall diesen hochgefährlichen Unfall verschwiegen. Erst Ende Februar 2002 wurde der ganze Vorfall bekannt. Und wieder wurde deutlich: Der Mensch ist nicht unfehlbar genug, um diese Technologie fehlerfrei genug beherrschen zu können.

Endlagerfrage unlösbar

Auch die Endlagerfrage ist und bleibt ungeklärt. Vielmehr zeigt sich, dass die bislang als „Endlager“ deklarierten ehemaligen Bergwerke wie Asse oder Gorleben mit großen Fragezeichen zu versehen sind.

So ist unter kritischen Experten unstrittig: Gorleben ist alles andere als ein sicherer Standort für ein atomares Endlager. Das Deckgebirge über dem Salzstock ist instabil, so dass auf Dauer möglicherweise Grundwasser einsickern kann. Die möglichen Folgen beschreibt der Geophysiker Gerhard Jentzsch von der Universität Jena bei einem Interview für eine NDR-Reportage kurz und nüchtern: „Man



Walter Jungbauer ist Geistlicher mit Zivilberuf in der Gemeinde Erfurt.

In buchstäblich letzter Sekunde vor der Drucklegung schreibt er:

Morgen?

Die Atomkatastrophe in den japanischen Atomkraftwerken Fukushima, Okanawa und Tokai Mitte März hat mich schneller bestätigt, als ich beim Schreiben meines Artikels ahnen konnte.

Aber das zeigt nur, wie richtig meine Einschätzung ist: Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die nächste Atomkatastrophe passiert. Sicher an der Atomkraft ist nur eins: das Risiko.

Titelfoto: Strahlenmessung im Sperrgebiet; Foto oben: Das Riesenrad in Pripyat, aufgebaut für die Feiern zum 1. Mai 1986, die nicht mehr stattgefunden haben. Alle Fotos: Lothar Adam

muss dann damit rechnen, dass die Radionuklide den Weg in die Biosphäre finden. Und das ist dann die Sphäre, auf der wir leben.“

Die Frage, wie wir mit dem bereits angefallenen und weiter anfallenden Atom Müll umgehen sollen, bleibt also ungelöst. Es ist ein Problem, welches uns und die nachfolgenden Generationen über unvorstellbare Zeiträume beschäftigen wird. Alle, die die Atomkraft als zukunftsweisende Energiequelle ansehen, müssen sich darüber bewusst sein, dass wir damit tausenden von folgenden Generationen Belastungen auf die Schultern laden, die diese zu tragen haben, ohne auch nur im geringsten von deren Nutzen zu profitieren. Was wir heute billig haben wollen, werden unsere Kinder, Kindes Kinder und endlose weitere Nachfahren mit einem horrenden Zins und Zinseszins bezahlen müssen. Eine solche Last hat keine Generation vor dem Beginn des Atomzeitalters in dieser Weise ihren Nachkommen aufgebürdet.

Der Journalist Arno Widmann hat es am 18. August 2010 in einem Artikel für die Frankfurter Rundschau in Bezug auf das im Atom Müll enthaltene Plutonium-239 so zusammengefasst: „Wir wissen, die Halbwertszeit von Plutonium-239 liegt bei 24.000 Jahren. Wir wissen auch, dass es etwa zehnmal so lange dauert, bis die für Menschen tödliche Strahlung abgeklungen ist. Wir tun so, als habe die Frage der Endlagerung nichts mit der Laufzeitverlängerung zu tun. Wir tun allerdings schon seit Jahrzehnten so, als habe der Atom Müll nichts mit der Nutzung der Kernenergie zu tun. Wir sind eine begabte Spezies. Wir schaffen es, vor dem, das uns nicht behagt, Augen und Ohren zu schließen. Wir sind taub und blind, wenn wir uns einbilden, es verschaffe uns einen Vorteil.“



Und dennoch wird weiter Atom Müll produziert. Wenn hier die tatsächlichen Folgekosten errechnet werden würden, wäre wahrscheinlich jede noch so teure Kilowattstunde Solarstrom Peanuts dagegen.

Zudem wird diese Laufzeitverlängerung den dringend notwendigen Ausbau der Erneuerbaren Energien und den Umbau unseres Energiesystems erheblich ausbremsen. Denn Atomkraftwerke besitzen nicht die notwendige Flexibilität für ein intelligentes Energieerzeugungssystem; ihre Leistung lässt sich lediglich bis zu 50 bis 60 Prozent der Vollast einigermaßen flexibel regeln; darunter wird es schwierig. Wenn auf Grund entsprechender Leistung der Erneuerbaren Energien der gesamte Strombedarf abgedeckt werden kann, die AKW also komplett heruntergefahren werden müssten, würden sie erst wieder vier bis fünf Tage benötigen, bis sie die Stromerzeugung wieder aufnehmen

können; mit hocheffizienten Kraft-Wärme-gekoppelten Gaskraftwerken wäre die notwendige Flexibilität eines intelligenten Energieerzeugungssystems problemlos realisierbar.

Wende zu Erneuerbaren ist möglich und bezahlbar

Eine Ende Februar veröffentlichte Studie des Sachverständigenrates für Umweltfragen macht klar, dass es für Deutschland nicht nur möglich ist, sich bis zum Jahr 2050 zu 100 Prozent mit Strom aus Erneuerbaren Energien zu versorgen, sondern auch bezahlbar. Weder die beschlossene Verlängerung der Laufzeiten für die Atomkraftwerke ist notwendig noch zusätzliche Kohlekraftwerke. Vielmehr könnte das Potenzial an Erneuerbaren Energien in Europa den Bedarf um ein Vielfaches übersteigen (siehe dazu auch der Artikel des Journalisten und Theologen Franz Alt in dieser Ausgabe).

Die größte Herausforderung dabei ist der Ausbau der Stromnetze in Deutschland. Je nach Szenario müssten dafür bis zu 4.000 Kilometer neue Höchstspannungsleitungen in Deutschland aufgebaut werden. Der ehemalige Staatssekretär des Bundesumweltministeriums und heutige Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe Rainer Baake machte in einem Interview mit dem Deutschlandfunk in diesem Zusammenhang klar, dass der notwendige Ausbau der Netze mit Sicherheit nicht zu einer Explosion bei den Strompreisen führen würde: „Das bleibt alles im Rahmen. Es ist viel wichtiger, dass dieser Netzausbau jetzt vorankommt, weil es natürlich keinen Sinn gibt, Windenergieanlagen in der Nordsee



Foto oben: der havarierte Kraftwerksblock IV von vorne.

zu bauen, wenn nicht anschließend der Strom auch zu den Verbrauchszentren im Ruhrgebiet oder im Süden der Republik abgeleitet werden kann.“ Baake gibt in dem Interview darüber hinaus zu bedenken, dass wir uns mit der Umstellung auf Erneuerbare Energien von teuren Energieimporten unabhängig machen können. Bisher werde die Primärenergie, die wir für die Stromproduktion benötigen – Uran, Gas, Kohle – hauptsächlich importiert. Damit würde es durch eine konsequente Wende hin zu den Erneuerbaren Energien letztlich auf Dauer eher billiger als teurer.

Ebenso wichtig wie der Ausbau der Netze wird allerdings auch der Aufbau von Speicherkapazitäten, wie es zum Beispiel mit Wasserkraftwerken in einem Verbund von Talsperren möglich wäre. Bei solch einem Talsperren-Verbund würden Stromüberkapazitäten genutzt, um Wasser in höhere Talsperren zu pumpen und mit diesem Wasser bei Strombedarf Turbinen zur Stromerzeugung zu betreiben. In Norwegen wird dies bereits praktiziert.

Nach meiner Überzeugung ist die atomare Form der Energieerzeugung daher nicht zukunftsfähig und müsste umgehend abgelöst werden. Dabei hat jede Verbraucherin und jeder Verbraucher mit einem Wechsel zu einem echten Öko-Strom-Lieferanten, wie beispielsweise den Elektrizitätswerken Schönau (EWS), die Möglichkeit, den eigenen Atomausstieg sofort zu vollziehen. Die EWS zeichnen sich dadurch aus, dass sie als einziger Öko-Strom-Anbieter garantieren, keinerlei Verknüpfung mit Unternehmen der Kohle- oder Atomwirtschaft oder deren Tochterunternehmen zu unterhalten.

Wechseln können natürlich auch Gemeinden: Die Evangelische Kirche im Rheinland hat einen Rahmenvertrag mit den EWS für die Stromversorgung von Gemeinden geschlossen. Nach Auskunft von Generalvikar Jürgen Wenge können alt-katholische Gemeinden sich diesem Vertrag anschließen, der Gemeinden einen äußerst günstigen Strompreis sichert; sowohl die EWS wie die rheinische Evangelische Kirche haben sich einverstanden erklärt. Die Gemeinden mögen sich diesbezüglich mit dem Generalvikar in Verbindung setzen.

Walter Jungbauer



**Lothar Adam
ist Mitglied
der Gemein-
de Weiden-
berg.**

Besuch in Tschernobyl



Ich habe 2007 die Möglichkeit bekommen, im September an einer geführten Reise in das Sperrgebiet von Tschernobyl teilzunehmen. Reiseleiter war ein Physiker, der 1986 als Armeeangehöriger mitverantwortlich war für die Evakuierung der Städte und Ortschaften. Später war er Universitätsdozent in der Ukraine. Ich habe diese Reise mit einer dreitägigen Städtetour nach Kiew, der Hauptstadt der Ukraine, verbunden.

Am Samstag, den 15. September war es morgens um 6.30 Uhr so weit: Am Hauptbahnhof Kiew war der Treffpunkt, und eine Gruppe von etwa 40 Leuten setzte sich in einem modernen Reisebus in Bewegung. Der Reaktor ist ca. 100 km Luftlinie von Kiew entfernt, das Sperrgebiet beginnt etwa nach 75 km Fahrt. Der Reiseleiter erzählte auf der Hinfahrt detailliert von den damaligen Ereignissen und führte Filme vor, die von der Roten Armee im Rahmen der Evakuierung gemacht und viel später – erst unter Putin – veröffentlicht wurden.

Das Sperrgebiet in der Ukraine hat eine Nord-Süd-Ausdehnung von etwa 40

km und eine West-Ost-Ausdehnung von etwa 100 km. Es wohnten ca. 100.000 Menschen in dem Gebiet, bevor es evakuiert wurde. Im Norden und Osten grenzt Weißrussland als Nachbarstaat an.

Am Beginn des Sperrgebietes wurden wir durch ukrainisches Militär pedantisch daraufhin kontrolliert, ob für sämtliche Reisende die Genehmigung vorliegt. Pässe wurden genau angeschaut („Nehmen Sie bitte die Brille ab“), Passnummern wurden abgehakt, Stahlgittertore wurden aufgeschlossen und der Bus durchgelassen. Dann ging es weiter, durch menschenleere Landschaft; der Reiseleiter erklärte, dass da früher Ortschaften waren, die abgebrochen und mit Erde überschüttet wurden, weil die Gebäude so stark strahlten. Einige Male hielten wir an, um vereinzelte Wohnhäuser anzuschauen. Diese waren früher in einem Dorf, jetzt stehen sie im Wald und fallen langsam ein. Seit die Leute 1986 ihre Häuser verlassen haben, wurde nichts verändert. Die Arbeitsschuhe stehen noch in der Ecke, die Zeitung *Prawda* vom April 1986 liegt auch noch da, ein inzwischen fast völlig verrostetes Mofa steht vor der

Foto oben: Lothar Adam in der aufgegebenen Stadt Pripyat; unten: Blick von der sog. „Todesbrücke“ zum Reaktorblock IV. Von hier aus haben vor allem Kinder in der Nacht dem Brand des Reaktors zugeschaut. Wegen der starken Strahlung hat keines von ihnen überlebt.



Foto oben:
Grenzübergang
ins Sperrgebiet;
Mitte:
Aufgegebenes
Haus;
unten:
Lothar Adam



Haustür. Wir machten einen Abstecher zu einem ehemaligen Dorf mit damals mehreren Hundert Einwohnern. Da waren ursprünglich die Gebäude rund um einen „Marktplatz“ angeordnet, auf dem ein Soldatendenkmal stand. Jetzt steht das Soldatendenkmal mitten im Wald, keine Straße mehr, kein Gebäude mehr. Nichts mehr ist vorhanden, nur noch „Natur“.

Weiter ging es nach Tschernobyl-Stadt. Dort lebten immerhin einmal 15.000 Einwohner. Der einzige Ort mit ein wenig „Leben“. Da gibt es die Zentrale der Kraftwerksverwaltung – es arbeiten ja immerhin mehr als zweitausend Leute daran, die Kraftwerksblöcke endgültig stillzulegen. Das muss organisiert werden. Da gibt es die Sozialstation des Kraftwerksbetreibers mit einem Restaurant, einem Hotel, einer medizinischen Versorgungsstation. Es gibt eine wunderschön gepflegte orthodoxe Kirche, die seit einigen Jahren wieder einen fest zuständigen und sehr engagierten Pfarrer hat – es finden mehrmals in der Woche Gottesdienste statt. Das Hotel ist immer gut besucht, es kommen Wissenschaftler nach Tschernobyl, die die Auswirkungen von radioaktiver Bestrahlung erforschen wollen. Es kommen aber auch viele Wildbiologen, die die Entwicklung von Flora und Fauna in einem völlig ungestörten Gebiet

untersuchen. Da stört die Strahlung kaum, denn Wildtiere werden selten so alt, dass sie an Strahlenkrankheit sterben. Vorher werden sie gefressen oder sterben an „banalen“ Infektionen. Der übrige Bereich der Stadt ist aufgegeben, da treiben sich Wildschweine herum.

Schließlich kam der Besuch von Pripyat an die Reihe: Diese Stadt war eine typisch sozialistische Planstadt, 1970



gegründet, 1986 für immer aufgegeben. Am Schluss hatte die Stadt etwa 50.000 Einwohner, die allesamt mit mehr als 1000 Bussen evakuiert wurden – alle durften nur 5 kg Handgepäck mitnehmen. Heute ist die gesamte Stadt mehr oder weniger mit Bäumen und Sträuchern überwuchert, die großen Plattenbauten beginnen zusammenzufallen, die Straßen sind nicht mehr vorhanden, da die Betonplatten und der Asphalt schon lange von der Natur „geknackt“ wurden. Die Straßenlaternen stehen mitten im Wald – und keiner weiß, was sie früher einmal beleuchtet haben. Auf dem ehemaligen Zentralplatz steht ein verrostetes Riesenrad – es war vorgesehen für die Feiern zum 1.

Mai, dazu kam es aber nicht mehr. Im Schwimmbad ohne Wasser liegen noch die Eintrittskarten von 1986 herum, im Radio- und Fernshladen stehen die nagelneuen Raduga-Fernseher von 1986 (In der DDR waren sie bekannt als „Wohnungsbrand aus Freundesland“) sowie ein unbenutztes Cello und warten immer noch auf den Verkauf. In den Ausnüchterungszellen der Polizei haben sich verwilderte Katzen eingeknistet, die sich dorthin zurückziehen, wenn es nass und kalt wird. Immer wieder hört man ein Krachen, wenn an einem Hochhaus eine Eternitverkleidung herunterfällt. All das ist sehr bedrückend – bei meiner Reise war es stark bewölkt und daher ziemlich düster. Man sieht eindrücklich, was vom Menschenwerk übrig bleibt, wenn sich die Natur ungestört darüber hermacht.

Schließlich besichtigten wir noch den „Kraftwerksblock IV“, also den havarierten Reaktor. Zum Zeitpunkt meiner Reise war der Sarkophag noch nicht gebaut, allerdings schon beschlossen. Wir konnten etwa 100 m an den Reaktor herangehen, mussten aber nach

wenigen Minuten wegen der erhöhten Strahlung wieder weiterfahren.

Der Bus hielt immer wieder an, wir konnten aussteigen und die Radioaktivität messen. Bestimmte Ergebnisse waren logisch: Sobald man das Kraftwerk sah, konnte man auch erhöhte Aktivitäten messen – das war die Gammastrahlung. Aber ansonsten war die Strahlung nicht gleichmäßig verteilt: An vielen Stellen – auch sehr nahe am Reaktor – war wesentlich weniger Belastung als zum Beispiel im Hochschwarzwald um Menzenschwand (da ist die Radioaktivität natürlich), an anderen Stellen hätte man keinen ganzen Tag bleiben können, ohne krank zu



werden. Das liegt wiederum daran, dass strahlende Elemente in den Boden eingelagert wurden und dort fixiert sind. Es wird noch Jahrhunderte dauern, bis das Gebiet wieder freigegeben werden kann. Bis dahin werden Wölfe, Füchse, Wildschweine, Biber, verwilderte Katzen, Wildrinder („Europäische Wisente“) und russische Wildpferde dort leben.

Am Abend hatten wir dann noch im Restaurant des Kraftwerksbetreibers in Tschernobyl ein mehrgängiges, ukrainisches Abendessen – es war auch Pilzsuppe dabei und jeder Teilnehmer hielt sein Messgerät darüber –, das Essen strahlte aber nicht. Die Bedienungen grinsten und meinten „Wir wussten, dass ihr mit Zählern kommt, da schaut man schon drauf, was man anbietet“. Anschließend haben wir noch die Strahlung einer Hauskatze und ihrer Jungen gemessen – diese Tierchen strahlten durchaus, was kein Wunder ist, nachdem sie Getier fressen, das sich durch den belasteten Boden buddelt.

Schließlich war die Besichtigung zu Ende. Die Heimfahrt wurde unterbrochen durch den Stopp an der Kontrollstelle, wo wir nun einzeln durch ein Messgerät durchgehen mussten – damit sollte verhindert werden, dass jemand belastetes Material absichtlich oder unabsichtlich heraus trägt. Auch der Bus wurde ausgemessen. Und die Leute wurden wieder aus den Listen ausgetragen, wieder mit Passkontrolle. Diesmal wurde jedem Reisenden wegen der Dunkelheit mit einer Taschenlampe ins Gesicht geleuchtet, um das Bild zu vergleichen.



*Verfallendes Hotel
in der verlassenen
Stadt Pripjat*

Es war eine bedrückende Reise – eine Reise in eine totenstille Gegend, in der eine dauerhafte Bedrohung weiterhin besteht. Auch eine Reise zu den Gründen dieser unglaublichen Katastrophe, die vor allem durch unqualifiziertes Personal, unüberlegte Obrigkeitshörigkeit der Verantwortlichen sowie durch einen zwar billigen, aber in sich unsicheren Reaktortyp, der nie hätte gebaut werden dürfen, verursacht wurde.

Eine Katastrophe, die sowohl durch fehlendes Krisenmanagement als auch durch Mobbing aus der Umgebung gegen die evakuierten Betroffenen noch erheblich verschlimmert wurde: Kinder hat man aus Schulen ausgesperrt – „sie könnten ja strahlen“. Eltern haben ihren Kindern verboten, mit Kindern aus Tschernobyl zu spielen. Die Leute wurden gnadenlos isoliert. Die Sowjetunion konnte und wollte nicht mehr helfen, das Land war kurz vor dem Untergang. Und die neu gegründete Ukraine kümmerte sich auch nicht

um die Opfer, denn „schuldig war ja Moskau, wir können nichts dafür“. Die damalige ukrainische Regierung hat sich in Russland nie für eine Aufarbeitung eingesetzt, man wollte sich wohl nicht zerstreiten. Und so mussten die Betroffenen ohne Entschädigung für ihre verlorenen Häuser und ihre verlorenen Sachen in einem auf die Schnelle aus dem Boden gestampften neuen Ort – Slavutych – von Null anfangen. Manche haben das nicht geschafft – und sich zu Tode getrunken. Oder Suizid begangen.

Dadurch, dass die Reise von einem Fachmann begleitet wurde, war sie sehr interessant und lehrreich. Die Erfahrung dabei möchte ich nicht missen. Eventuell werde ich im Sommer 2011 nochmals in dieses Gebiet fahren – diesmal zu einer zweitägigen Reise, mit Übernachtung im Sperrgebiet.

Lothar Adam

Nukleare Unsicherheit & kein Endlager

Sehr geehrter Herr Hirsch: Vor 25 Jahren haben wir die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl erlebt. Sicherlich ein tragisches Ereignis. Aber ist eine solche Katastrophe angesichts des Sicherheitsstandards der Atomreaktoren in Deutschland bei uns überhaupt möglich?

Der Sicherheitsstandard der deutschen Atomkraftwerke (AKW) heute ist sicherlich deutlich höher, als jener in der Sowjetunion im Jahre 1986. Außerdem ist ein Unfallablauf wie in Tschernobyl in den deutschen Anlagen nicht möglich, da es sich um einen anderen Reaktortyp handelt. Dennoch: Auch

in einem deutschen AKW kann es zu einem schweren Unfall mit Freisetzen radioaktiver Stoffe in der gleichen Größenordnung wie vor 25 Jahren in Tschernobyl kommen. Ein denkbare Szenario wäre bei einem Druckwasserreaktor etwa ein Heizrohrbruch in einem Dampferzeuger, verbunden mit dem Ausfall von Sicherheitssystemen. In einem solchen Falle ist die Freisetzung sehr hoch und tritt frühzeitig ein, wodurch Maßnahmen des Katastrophenschutzes erschwert werden. Und immerhin sind elf der 17 deutschen AKW solche Druckwasserreaktoren. Die Folgen eines derartigen Unfalles können die Landkarte Mitteleuropas

gravierend verändern. Die kurzfristige Evakuierung eines Gebietes von bis zu 10.000 km² kann erforderlich werden, sowie eine dauerhafte Umsiedlung der Bevölkerung aus einem Gebiet von bis zu 100.000 km². Todesfälle durch akute Strahlenkrankheit sind möglich; hunderttausende Krebsfälle können die Spätfolge sein.

Kann man die AKW in Deutschland nicht so sicher machen, dass auf gar keinen Fall ein Unfall passieren kann?

Diese Möglichkeit sehe ich nicht. Das Grundproblem der Reaktorsicherheit besteht darin, dass die Brennelemente



Dr. Helmut Hirsch

Dr. Helmut Hirsch (61) ist Physiker und wissenschaftlicher Konsulent für nukleare Sicherheit. Er ist Berater der österreichischen Bundesregierung in Fragen der Kernenergie; als Vertreter Österreichs ist er Mitglied von Expertengruppen zur Reaktorsicherheit im europäischen Rahmen. Er ist auch für Umweltorganisationen wie Greenpeace und den Bund für Umwelt und Naturschutz tätig. Seit 35 Jahren setzt er sich mit Fragen der Sicherheit von Kernkraftwerken und der Entsorgung von Atommüll auseinander.

im Reaktor auch dann noch Wärme abgeben, wenn die Kettenreaktion abgeschaltet ist – aufgrund ihrer intensiven Radioaktivität, die sich nicht abschalten lässt. Ihre Kühlung muss langfristig gewährleistet sein. Fällt sie aus, aus welchem Grund auch immer, kommt es zu einem Unfall mit Kernschmelze. Und das wird sich trotz aller technischen Vorkehrungen nie ausschließen lassen.

Zwar sind bei der neuen Reaktorgeneration, die sich zurzeit in Einführung befindet, zusätzlich Sicherheitssysteme vorgesehen, um die Folgen eines Kernschmelzunfalls zu beherrschen. Es ist aber fraglich, ob dies überhaupt gelingen wird. Eine Nachrüstung der deutschen AKW auf dieses Niveau ist jedenfalls nicht möglich.

Die Bundesregierung sieht schwere Unfälle mit Auswirkungen, wie ich sie vorhin dargestellt habe, schon heute als zwar theoretisch möglich, aber praktisch ausgeschlossen an. Sie beruft sich dabei auf Studien, die zeigen sollen, dass die Wahrscheinlichkeit eines solchen Ereignisses vernachlässigbar gering ist. Die entsprechenden Studien geben jedoch kein vollständiges Bild der Gefahren. Terror- und Sabotage-Aktionen werden dabei nicht berücksichtigt – bei diesen wichtigen Risiko-Faktoren kann überhaupt nicht mit Wahrscheinlichkeiten argumentiert werden. Auch unvorhergesehene physikalische und chemische Prozesse sowie unerwartete technische Versagensmechanismen können nicht berücksichtigt werden. Alterungserscheinungen können bisher kaum in die Analysen eingebaut werden; Methoden, die dies ermöglichen sollen, sind noch in Entwicklung.

In anderen Fällen ist eine Berücksichtigung zwar möglich, aber mit sehr großen Unsicherheiten behaftet – wie etwa bei Erdbeben oder im Hinblick auf das Verhalten des Sicherheitsbehälters, der den Reaktordruckbehälter umschließt, bei schweren Unfällen. Auch komplexe Formen menschlicher Irrtümer und Fehlhandlungen sind zahlenmäßig sehr schwer zu erfassen.

Man kann die Möglichkeit schwerer Unfälle daher nicht einfach mit Verweis auf Wahrscheinlichkeitsstudien als praktisch ausgeschlossen ansehen.

Seit dem 11. September 2001, dem Terror-Anschlag auf das World-Trade-Center in New York, wird auch immer wieder behauptet, dass AKW Ziel eines Anschlages sein könnten. Ist das überhaupt realistisch? Gibt es hier nicht ausreichende Sicherheitsmaßnahmen?



Was Menschen errichten haben, können Menschen auch zerstören oder schwer beschädigen.

AKW sind durch Angriffe von außen und durch Sabotageaktionen von innen gefährdet. Angriffe von außen könnten aus der Luft, am Boden oder vom Wasser her erfolgen. Auch Beschuss von außerhalb des Anlagengeländes wäre möglich.

Eine besondere Gefahr geht von „Innentätern“ aus. Denkbar wären Sabotagehandlungen bei Reparatur- und Wartungsarbeiten an sicherheitsrelevanten Komponenten oder das Anbringen von Sprengladungen an kritischen Punkten. AKW könnten für terroristische Gruppen daher als „attraktive“ Angriffsziele erscheinen. Ein Angriff auf ein AKW kann zu weiträumiger radioaktiver Verseuchung führen. Der angegriffenen Region wird damit langfristig ein Stempel der Vernichtung aufgedrückt, viele Menschen erleiden Strahlenschäden, es kommt zu einem immensen wirtschaftlichen Schaden.

Mit der beschlossenen Verlängerung der Laufzeiten für AKW in Deutschland entsteht ja auch zusätzlicher Atommüll. Können Sie schon abschätzen, wie sich die Menge im Vergleich zum ursprünglich geplanten Ausstieg verän-

dern wird? Kommen damit zusätzliche Probleme auf uns zu?

Die abgebrannten Brennelemente aus den AKW stellen die wichtigste und gefährlichste Hinterlassenschaft der Atomenergie-Nutzung dar. Sie sind hoch radioaktiv und enthalten den Löwenanteil der radioaktiven Schadstoffe. Auf der Grundlage des früheren Atomgesetzes wären ab dem 1. Januar 2011 noch 3.500 bis 4.000 Tonnen angefal-

len. Durch die Laufzeitverlängerung sollen nun zusätzlich noch weitere rund 4.500 Tonnen hinzukommen.

Dies bedeutet, dass größere Mengen Atommüll über Jahrzehnte auf der Erdoberfläche zwischengelagert und danach in ein Endlager verbracht werden müssen. Zwischenlagerung und Transporte sind gegenüber Terrorangriffen verwundbar. Auch Unfälle sind möglich, insbesondere bei Nasslagerung und beim Transport. Außerdem dürfen wir nicht vergessen, dass es ein Endlager für hochaktive Abfälle bisher nicht gibt – in Deutschland nicht und auch nicht in anderen Ländern. Somit ist schlussendlich offen, was mit den Abfällen geschehen wird.

Mit dem Standort Gorleben haben wir doch schon eine relativ gut erforschte Lagerstätte für den Atommüll. Warum wird überhaupt über alternative Standorte nachgedacht? Und: Gibt es überhaupt ein sicheres Endlager für Atommüll?

Der Standort Gorleben weist mehrere gravierende Mängel auf, die sich auch nachträglich nicht ausräumen lassen. Dazu gehört seine Festlegung, die nachweislich nicht primär auf Grundlage geowissenschaftlicher Kriterien

*Straßensperre vor dem Atomlager Gorleben;
Foto: M. Gade - pixelio.de*

erfolgte. Hinzu kommt, dass viele Befunde der bisherigen Standortuntersuchung negativ sind. Dies betrifft besonders das Deckgebirge, das keine ausreichende Schutzwirkung gegen eventuell aus dem Salzstock austretende Radionuklide aufweist. Diese Befunde wurden bereits 1983 von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt entsprechend bewertet, ohne dass angemessene Schlussfolgerungen gezogen wurden.

Das „Versuchsendlager“ Asse sollte unter anderem dem Erkenntnisgewinn für Gorleben dienen. Das Projekt endete in einem Desaster.

Insgesamt stellt sich die Endlagersituation in Deutschland als eine Kette von Fehlentscheidungen dar, deren Folgen nun mit extremem Aufwand an Steuergeldern ohne Gewähr auf Erfolg begegnet werden muss. Die weitere Konzentration auf Gorleben setzt die Fehlentscheidungen fort.

Was die Standortsuche angeht, könnten wir uns vielleicht ein Beispiel an der Schweiz nehmen. Dort hat vor wenigen Jahren ein systematisches Verfahren der

Standortsuche begonnen. Dabei sollen, ausgehend vom gesamten Staatsgebiet, in drei Etappen in schrittweiser Einarbeitung Standorte für Lager für hochaktive sowie für schwach- und mittelaktive Abfälle gefunden werden. Die Inbetriebnahme des Lagers für hochaktive Abfälle ist derzeit für 2040 vorgesehen. Auch in Deutschland wurde vor Jahren ein ähnliches Verfahren entwickelt, das allerdings im Bundesumweltministerium in der Schublade verschwunden ist. Abgesehen von der Standortsuche wäre in Deutschland auch eine Neudiskussion des Endlagerkonzeptes erforderlich, und zwar mit Blick auf die Rückholbarkeit der Abfälle, speziell auch in Salz. Was die Sicherheit angeht, so ist bei der Endlagerung die Langzeitsicherheit des Endlagersystems von entscheidender Bedeutung. Dabei müssen Zeiträume von etwa einer Million Jahre betrachtet werden, für die die Isolation der Abfälle von der Biosphäre gewährleistet werden muss. Der Nachweis der Langzeitsicherheit ist jedoch naturwissenschaftlich nicht exakt möglich, sondern kann nur anhand von Indizien geführt

werden. Es besteht also zwangsläufig ein Risikorest, dessen Größe und Auswirkungen nicht einschätzbar sind.

Im Übrigen stellt auch eine kontrollierte Lagerung auf oder nahe der Erdoberfläche langfristig keine Lösung dar, da sie das Problem der Prognose der geologischen Entwicklung des Endlagersystems durch das deutlich größere Problem der Prognose der zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung ersetzt.

Wenn ich Ihre Antworten Revue passieren lassen: Ist die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke, wie sie von der Bundesregierung beschlossen wurde, aus Ihrer Sicht dann überhaupt verantwortlich?

Ich halte die Entscheidung, die Laufzeiten zu verlängern, für falsch. Da war die Bundesregierung nicht gut beraten.

Ich danke Ihnen für das Gespräch.

*Das Gespräch führte
Walter Jungbauer*

Die Lösung steht am Himmel

Wenn es am Tag, an dem Sie diese Zeilen lesen, eine sozial und ökologisch realistische Tagesschau gäbe, dann müssten meine Hamburger Kollegen heute Abend diese Meldungen senden:

Auch heute haben wir weltweit 150 Tier- und Pflanzenarten hauptsächlich durch den Klimawandel ausgerottet. Viele Tier- und Pflanzenarten können sich nicht schnell genug dem Klimawandel anpassen.

Auch heute haben wir 50.000 Hektar Wüste zusätzlich produziert.

Auch heute sind wir wieder ein Viertel Million Menschen mehr geworden, haben aber 86 Millionen Tonnen fruchtbaren Boden verloren.

Auch heute haben wir durch das Verbrennen von Kohle, Gas, Öl und Benzin 140 Millionen Tonnen Treibhausgase in die Luft geblasen.

Dasselbe machen wir morgen und übermorgen, jeden Tag der nächsten Woche und des nächsten Jahres. An *einem* Tag verbrennen wir heute an Kohle, Gas und Öl, was die Natur in einer *Million* Tagen angesammelt hat. Wir verbrennen und verbrauchen die Zukunft unserer Kinder und Enkel. Deshalb wird es global immer wärmer, schmelzen die Gletscher, steigt der Meeresspiegel, nehmen die Stürme zu und immer mehr

Menschen müssen als Klimaflüchtlinge ihre Heimatländer verlassen. Sind wir noch zu retten?

Die Rettungsmaßnahmen kommen zwar langsam, aber sie kommen. Darüber berichten freilich Journalisten weniger als über die spektakulären Katastrophen. Das Fällen eines Baumes hat schon immer mehr Lärm gemacht als das Wachsen eines Baumes. Fällen geht plötzlich und laut, aber Wachsen geht leise und langsam und für Journalisten weniger spektakulär. Doch

wo Gefahr ist, wächst bekanntlich das Rettende auch.

Die alles entscheidende Frage für die Zukunft des Lebens ist die Energiefrage. Ohne Energie kein Leben, kein Fortschritt und kein Wohlstand und keine Überwindung des Hungers. Doch die heutigen Energiequellen gehen in den nächsten Jahrzehnten allesamt zu Ende. Hinzu kommt, dass Kohle, Gas und Öl den Treibhauseffekt verursachen, Atomkraftwerke gefährlich sind und niemand weiß, wohin mit den



Dr. Franz Alt



*Solardach auf
dem alt-katholischen
Pfarrhaus
in
Weidenberg*

Franz Alt, geboren 1938, Dr. phil., ist Journalist, Fernsehmoderator und Buchautor. Von 1972 bis 1992 war er Leiter und Moderator des politischen Magazins »REPORT«. Von 1992 bis 2003 leitete er die Zukunftsredaktion ZEITSPRUNG im Südwestrundfunk, seit 1997 das Magazin QUERDENKER und ab 2000 das Magazin GRENZENLOS in 3Sat.

Preise und Auszeichnungen: Adolf-Grimme-Preis, Goldene Kamera, BAMBI, Deutscher und Europäischer Solarpreis, Umweltpreis d. dt. Wirtschaft, Innovationspreis. Seine Bücher sind in 12 Sprachen übersetzt und erreichen eine Auflage von über zwei Millionen Exemplaren.



oben: Wasserkraftwerk bei Lössach, unten: Windkraftwerk;

Fotos: Elektrizitätswerke Schönau



nuklearen Abfällen. Also brauchen wir so rasch wie möglich den 100-prozentigen Umstieg auf erneuerbare, umweltfreundliche, ewig vorhandene und preiswerte Energiequellen.

Positive Beispiele:

Schon heute versorgen sich die 500.000 Ostfriesen bereits zu über 90 Prozent mit erneuerbarem Strom. Ostfriesland kann überall werden.

Die Entwicklung der letzten Jahre in Schleswig-Holstein zeigt, dass unser nördlichstes Bundesland schon 2020 mehr Ökostrom produzieren wird, als alle Schleswig-Holsteiner verbrauchen. Eine ähnliche Entwicklung sehen wir in Mecklenburg-Vorpommern.

Über 300 Kommunen und Regionen in Deutschland haben in den letzten Jahren beschlossen, sich bis 2030 ausschließlich mit erneuerbarer Energie zu versorgen.

München ist weltweit die erste Millionenstadt, die schon heute ihre Privatkunden ausschließlich mit Ökostrom versorgt.

Nürnberg und Kassel sind die ersten deutschen Großstädte, die schon heute über ihre Stadtwerke den Privatkunden ausschließlich erneuerbaren Strom anbieten.

Durch Präsident Obama macht der Klimaschutz auch in den USA große Fortschritte.

Die Regierung in China hat soeben beschlossen, den Erneuerbaren Energien und dem Klimaschutz künftig Priorität einzuräumen. Chinas Umweltminister sagte mir, dass sein Land bis 2060 zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien umsteigen will.

Ich weiß worüber ich schreibe. Denn wir haben seit 18 Jahren zwei Solaranlagen auf unserem Hausdach in Baden-Baden. Eine produziert Wärme mit der Sonne und die andere Solarstrom. Auf einem Altbau aus den Siebzigern des letzten Jahrhunderts gewinnen wir doppelt so viel Strom wie eine durchschnittliche deutsche Familie verbraucht. Und ich kann Ihnen versichern,

dass uns die Sonne in diesen 18 Jahren noch nie eine Rechnung geschickt hat. Und für die nächsten Monate ist eine Pellet-Anlage bestellt. Wir sind dann komplett energieautonom und nutzen zur Strom- und Wärme Gewinnung ausschließlich umweltfreundliche Energie, ohne Treibhausgase zu produzieren. Holzpellets sind gespeicherte Sonnenenergie. Und die Sonne wird noch etwa fünf Milliarden Jahre alle Energie zur Verfügung stellen, die alle Menschen auf dieser Erde benötigen.

Eigentlich gibt es gar kein Energieproblem, wenn wir uns ein klein wenig intelligenter verhalten als bisher. Richtig ist: Es gibt noch Speicher- und Leitungsprobleme. Aber diese sind in den nächsten Jahren lösbar. Die Sonne schickt uns jeden Augenblick unseres Hierseins 15.000 mal mehr Energie als zurzeit alle Menschen verbrauchen. Die Lösung des Energieproblems steht am Himmel. Warum aber stehen die meisten deutschen Dächer noch völlig umsonst in der Gegend herum? Warum nutzen wir das Angebot von oben so wenig? Warum holen wir Öl aus Arabien, Gas aus Sibirien und Uran aus Australien, aber die heimische Sonne, den heimischen Wind, die heimische Erdwärme, die heimische Wasserkraft und die heimische Bioenergie nutzen wir kaum?

Der Solararchitekt Rolf Disch in Freiburg hat bereits 60 Häuser gebaut, die allein mit Solaranlagen doppelt so viel Strom produzieren, wie die Bewohner brauchen. Jedes Haus kann in Zukunft seinen Energieverbrauch selbst organisieren. Millionen Hausbesitzer, Energie produzierende Landwirte, Handwerker und Mittelstand sind die Träger der künftigen umweltfreundlichen autarken Energieversorgung. Der hundertprozentige Umstieg auf Erneuerbare Energie wird in Deutschland zu einer Million neuer Arbeitsplätze führen und in der EU zu fünf Millionen, sagt eine Berechnung der Europäischen Kommission in Brüssel. Schon heute arbeiten im Bereich der Erneuerbaren Energien in Deutschland 340.000 Menschen. Bis 2020 können es eine Million sein. Neue Energie bedeutet viele neue Arbeitsplätze. Worauf warten wir noch? In den Umweltbranchen insgesamt arbeiten heute in Deutschland bereits 1,8 Millionen Menschen – mehr als doppelt so viel wie in der Autobranche.

Solarpolitik ist Sozialpolitik!

Das ökologische Wirtschaftswunder, das wir schaffen können, kann zum Beispiel im Detail so aussehen:

Wir werden Millionen Altbauten energetisch renovieren.

Wir werden sparsame Elektrogeräte bauen.

Wir werden Wasser sparende Wasch- und Spülmaschinen kaufen.

Wir werden umweltfreundlich heizen – mit Sonne, Holz und Erdwärme.

Wir bauen Millionen neue Häuser als kleine Solarkraftwerke.

Wir nutzen Biokraftstoffe und elektrische Antriebe in Millionen Autos.

Inzwischen haben auch viele Unternehmer begriffen, dass eine gesunde und intakte Umwelt die Voraussetzung für erfolgreiches Wirtschaften ist. Dass in Deutschland eine frühere konservative Umweltministerin Bundeskanzlerin ist oder der frühere Umweltminister Gabriel heute SPD-Vorsitzender, dass in Frankreich eine frühere Umweltministerin sozialistische Präsidentschaftskandidatin war und dass der Umweltaktivist Al Gore in den USA Vizepräsident war, sind deutliche Hinweise auf den ökologischen Wandel in der Politik. Dort ist das Thema Umwelt inzwischen als Leitthema angekommen.

Und die Verbraucher? Wir? Nur wer informiert ist, kann sein Verhalten ändern. Deshalb betreibt meine Frau unsere Internetseite (www.franzalt.de) und schickt jeden Sonntagmorgen an 150.000 Menschen weltweit unseren Newsletter, den auch jeder Leser und jede Leserin dieser Zeilen kostenlos beziehen können. Wer wirklich will, kann wissen, dass es zu fast allem, was wir heute noch falsch machen, bessere Alternativen gibt. Eine aufgeklärte Gesellschaft hat keine Angst mehr vor Veränderung, sondern macht sich auf einen neuen Weg. Was wir brauchen, ist Lust auf Zukunft. Wir sollten die alte „Geiz-ist-geil-Mentalität“ durch eine neue „Geist-ist-geil-Mentalität“ ersetzen.

© Franz Alt | www.franzalt.de

Literatur: Franz Alt, Sonnige Aussichten – Wie Klimaschutz zum Gewinn für alle wird, Gütersloher Verlagshaus und Die Sonne schickt uns keine Rechnung – Neue Energie, neue Arbeitsplätze, neue Mobilität, Piper-Taschenbuch

Wir bauen...

Bistumsopfer 2011

Augsburg



**Wir bauen –
und wir brauchen Sie,
damit unsere Vision Wirklichkeit wird.**

Am 25. März fand auf unserem Baugrundstück der erste Spatenstich statt. Zusammen mit dem Architekten und unserer Pfarrerin Alexandra Caspari hoben die Gäste die ersten Schaufeln Erde aus. Zahlreiche Gemeindemitglieder und Persönlichkeiten aus Politik,

Damit unsere Vision, die nun immer konkretere Formen annimmt, bezahlt werden kann, sind wir weiterhin auf Ihre Unterstützung angewiesen. Nach unseren Berechnungen müssen wir mindestens 100.000 Euro zum Beispiel für die Innenausstattung der Kirche aufbringen. Im vergangenen Jahr wurden in unserer Gemeinde zwei Spendenaktionen durchgeführt. Dank der Spendenbereitschaft vieler Menschen können wir uns mittlerweile über 24.250 Euro freuen.

Helfen auch Sie uns bauen und spenden Sie jetzt! Jeder Euro hilft! Das Spendenkonto finden Sie unten auf dieser Seite.

Für Ihre Spende findet Ihr Name an unserer Kirchenwand seinen Platz. Er wird dort eingraviert. Das soll zeigen, wie viele Menschen mit uns an dieser Kirche gebaut haben. Gemeinschaft wird weit über unsere Gemeinde hinaus sichtbar!

Bauen Sie mit!

Den von Ihnen gewünschten Namenseintrag können Sie uns zusenden
per Mail: augsburg@alt-katholisch.de
oder per Post: Alt-Katholische Gemeinde Augsburg,
Rosenaustraße 60, 86152 Augsburg.

*In dieser Ausgabe
schreiben*

*Judith Schindler, Alexandra Caspari
und Ingrid Thalhofer.*



Stadtverwaltung und Ökumene, die unser Projekt von Anfang an unterstützt hatten, waren gekommen. Nach dem Spatenstich trafen sich alle Gäste zu einem Empfang im „Gebäude 116“, das als eines der wenigen auf dem ehemaligen Kasernengelände nicht abgebrochen wird. An der guten Stimmung und den lebendigen Gesprächen war die Vorfreude auf die neue Kirche deutlich zu spüren. Während des Empfangs wurde auch unser Projektfilm zum Kirchenbau, der im Herbst des vergangenen Jahres vor unserem Baugrundstück gedreht worden war, das erste Mal öffentlich gezeigt. Durch Film und Spatenstich inspiriert kamen die Gespräche immer wieder auf den hervorragenden Standort, der unserer Gemeinde eine Fülle von Möglichkeiten für kirchliche, soziale und kulturelle Angebote bietet.

Nach dem ersten Spatenstich werden die Aushubarbeiten für den Kellerbau zügig beginnen. Parallel dazu wird der Holzbau vorgefertigt. Schon im Frühsommer soll der Rohbau abgeschlossen sein und der Innenausbau begonnen werden.

Besonders Familien unserer Gemeinde besuchen immer wieder die neuen Spielplätze direkt vor unserem Baugrundstück und berichten sonntags über den Fortgang der Arbeiten. Es war ein besonderer Moment, als die Bagger das erste Mal auffuhren, um das Grundstück baureif zu machen.

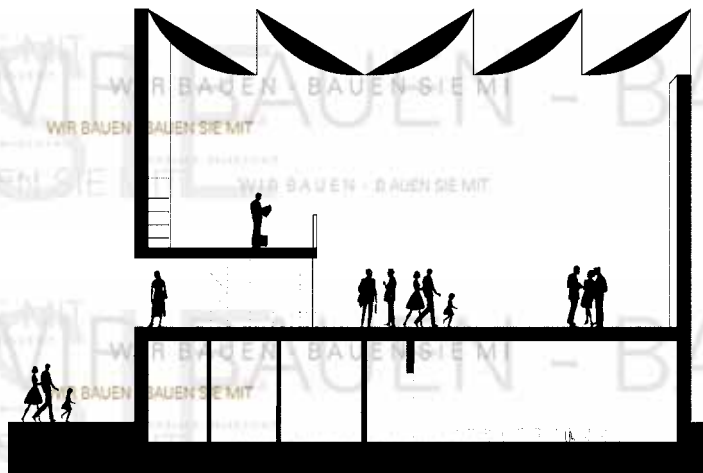
Damit auch Sie einen Eindruck von unserer neuen Heimat gewinnen können, liegt in Ihrem Pfarramt der Film über unser Projekt kostenlos zur Abholung bereit! Gerne senden wir Ihnen die DVD auch zu. Oder Sie schauen sich den Film auf unserer Bauhomepage www.kirche-baut.de an. Dort finden Sie auch aktuelle Bilder und Informationen von der Baustelle.

J. Schindler, I. Thalhofer, A. Caspari

Wir bauen für Menschen.

Visionen werden Wirklichkeit, wenn viele das ihre dazu beitragen.

Bauen Sie mit!



www.kirche-baut.de – Spendenkonto Kirchbau: 64808 – Stadtparkasse Augsburg – BLZ 720 500 00

Präimplantationsdiagnostik - eine ethische Herausforderung

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat mit seiner Entscheidung am 6. Juli 2010 einen Frauenarzt von dem Vorwurf, gegen das Embryonenschutzgesetz verstoßen zu haben, freigesprochen. Er hatte bei einer künstlichen Befruchtung die so erzeugten Embryos vor der Implantation auf eine genetische Schädigung untersucht (Präimplantationsdiagnostik – PID). Diese Entscheidung zwingt die Politik zu einem Bekenntnis: Soll die PID vollständig verboten werden oder gibt es gute ethische Gründe sie zuzulassen? Welche Bedingungen sollen mit einer solchen Regelung verbunden werden? Fragen, über deren Antworten in den letzten Wochen intensiv gerungen wird. Mittlerweile liegen dem Deutschen Bundestag drei Gesetzentwürfe vor: Ein Gesetzentwurf – vorgelegt unter anderem von Johannes Singhammer (CSU) und Ulla Schmidt (SPD) – will das vollständige Verbot der PID. Der zweite Gesetzentwurf – vorgelegt u.a. von Peter Hinze (CDU) und Ulrike Flach (FDP) – will die Straffreiheit für eine PID, wenn sie Embryonen auf Genmutationen untersucht, die in der Familie bekannt sind und schweres Leid für Mutter und Kind bedeuten. Ein dritter Entwurf – vorgelegt unter anderem von Rene Rösper (SPD) und Priska Hinz (Bündnis 90/Die Grünen) – will die Straffreiheit für eine PID, die zur Diagnostik der Lebensfähigkeit des Embryos genutzt wird. Dies bedeutet, dass nur Embryos, die nicht lebensfähig sind – also während der Schwangerschaft oder direkt nach der Geburt aufgrund genetischer Erkrankungen sterben –, „verworfen“ werden dürfen.

Die Fakten – internationale Erfahrungen

Bis zur Entscheidung des BGH galt die PID in Deutschland als verboten. Das gilt nicht für andere europäische Staaten, dort werden die in der Petrischale erzeugten Embryos auf Genmutationen untersucht – und die Embryos, die nach dieser Diagnostik als die lebensfähigsten gelten, werden der Frau implementiert. Die Zahlen der Europäischen Gesellschaft für

menschliche Fortpflanzung und Embryonenforschung (European Society of Human Reproduction and Embryology – ESHRE – mit Sitz Grimbergen/Belgien) zeigen allerdings, dass es im Ergebnis keinen Unterschied ausmacht, ob die Embryonen vor der Implantation auf eine Genmutation „gescannt“ werden oder nicht; denn die Überlebensrate der „ausgesuchten“ Embryos ist nicht größer als die der „nicht ausgesuchten“ Embryos. Dennoch werden europaweit nach den Daten von ESHRE rund 60 Prozent aller PIDs mit dem Ziel unternommen, noch unbekannte Genmutationen zu entdecken; bei den anderen knapp 40 Prozent wird gezielt nach einer bekannten Genmutation geforscht, die in der Familie bekannt ist, weil sie zu einer Totgeburt oder zu einer erblich bedingten chronischen Erkrankung und Behinderung führte. Mit den beiden bisher vorliegenden Gesetzentwürfen soll nur die Suche nach in einer Familie bekannten Genmutationen erlaubt werden. Auf Grundlage der europäischen Daten rechnen die Befürworterinnen und Befürworter für Deutschland mit 200 bis 250 PIDs im Jahr. Dabei wird darauf verwiesen, dass die finanzkräftigen Paare schon ins Ausland fahren, um die PID und die künstliche Befruchtung zu nutzen.

Medizinische Fakten

Für eine PID ist eine künstliche Befruchtung (In Vitro-Fertilisation) zwingende Voraussetzung. Für eine PID bei einer IVF werden sieben Eizellen benötigt; denn erfahrungsgemäß stirbt rund die Hälfte der Eizellen bei dem Versuch der künstlichen Befruchtung ab. So verbleiben drei bis vier Eizellen, die dann diagnostiziert werden können. Bei einer dominant vererbten Genmutation hat statistisch gesehen die Hälfte der befruchteten Eizellen diese Mutation, bei rezessiv vererbten Mutationen sind es 25 Prozent. So können dann statistisch gesehen maximal ein bis zwei Embryos der Frau „eingepflanzt“ werden.

Damit einer Frau die notwendigen sieben Eizellen entnommen werden können, muss die Produktion dieser



Bernhard Scholten ist Leiter der Abteilung Familie und Generationen im rheinland-pfälzischen Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen und dessen Vertreter in der rheinland-pfälzischen Bioethikkommission. Er ist Mitglied der alt-katholischen Gemeinde Landau.

*Die Geburt von Kindern mit Down-Syndrom wie dem auf dieser Seite abgebildeten Mädchen soll durch PID verhindert werden.
Fotos: Privat*



Eizellen mit Hormonen stimuliert werden, eine körperlich und seelisch belastende Maßnahme für die Frau. Dies spricht dafür, so die Befürworter der begrenzten Zulassung der PID, dass es zu keinem „Dammbruch“ kommen wird; denn die Maßnahme selbst sei kompliziert und aufwendig und sehr belastend für die Frau und ihren Partner. Ein weiteres Argument für eine beschränkte Zulassung der PID sei das denkbar knappe Zeitfenster für diese Untersuchung, denn das erzeugte Embryo sollte möglichst spätestens nach fünf Tagen in die Gebärmutter eingepflanzt werden; jeder Tag länger erhöht die Wahrscheinlichkeit einer Schädigung.

Im Ausland wird dem Embryo im sogenannten „Acht-Zellstadium“ eine Eizelle entnommen. In diesem Stadium kann aus der entnommen Eizelle wie-



der ein vollständig neuer Mensch wachsen. Diese Eizelle wird „totipotent“ genannt. 99 Prozent aller PIDs in Europa werden nach den ESHRE-Daten bei totipotenten Eizellen gemacht, weil bei diesen noch alle Geninformationen enthalten sind. In Deutschland gibt es in der bisherigen Debatte niemanden, der eine eingeschränkte Zulassung der PID für eine Diagnostik an einer totipotenten Eizelle will. Die Begründung ist: Mit der Entnahme einer totipotenten Eizelle wird ein menschliches Wesen erzeugt, das dann durch die Diagnostik getötet wird.



Eine PID nach dem Acht-Zellstadium ist allerdings weniger aussagekräftig; denn die so entnommenen Eizellen enthalten nicht mehr die gesamte Erbinformation, somit sollten bei dieser Untersuchung dem Embryo möglichst zwei „pluripotent“ genannten Eizellen entnommen werden - damit fehlen aber dem Embryo zwei von 16 Eizellen. Mögliche Schädigungen des Embryos durch diese Entnahme von zwei wichtigen Zellen können die Folge sein. Dies ist der Grund dafür, dass die PID europaweit an totipotenten Eizellen vorgenommen wird.

Das Acht-Zellstadium erreicht ein Embryo in der Regel in den ersten drei Tagen. Eine PID – optimal geplant – benötigt mindestens 24 Stunden. Die Einnistung sollte spätestens fünf Tage nach der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle erfolgen. Für die PID an einer totipotenten Zelle bleiben also maximal zwei Tage, für die PID an einer pluripotenten Zelle nur noch ein Tag.

Die gesetzliche Lage

Bis zur Entscheidung des BGH war die Gesetzeslage in Deutschland scheinbar klar: die PID war verboten und auch kaum durchführbar, denn nach den Regelungen des Embryonenschutzgesetzes dürfen derzeit in Deutschland nur drei Embryonen für eine IVF erzeugt werden. Doch mit drei Embryonen ist eine PID aus medizinischen Gründen

nicht möglich. Der Arzt, der durch eine Selbstanzeige die BGH-Entscheidung ausgelöst hat, hatte notwendigerweise mehr als die drei Embryos erzeugt. Das Embryonenschutzgesetz stellt die Erzeugung von Embryonen, die nicht für eine IVF genutzt werden, unter Strafe. Somit ist eine PID derzeit nicht möglich.

Die Argumente dafür und dagegen

Die Debatte um das Für und Wider einer begrenzten Zulassung hat nach der BGH-Entscheidung begonnen; sie wurde unter anderem auf dem CDU-Parteitag im Dezember 2010 in Karlsruhe leidenschaftlich geführt. Mittlerweile liegen Stellungnahmen des Deutschen Ethikrates, der Evangelischen Kirche, die eine begrenzte Freigabe unterstützt, und der Römisch-Katholischen Kirche, die ein striktes Verbot fordert, vor. Drei wissenschaftliche Akademien, die Deutsche Akademie der Technikwissenschaften und die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, haben sich unter Federführung der Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften – für eine begrenzte Freigabe der PID ausgesprochen. Es gibt Stellungnahmen von Behindertenverbänden, die eine Diskriminierung und Stigmatisierung von Menschen mit Behinderungen befürchten, von autonomen Frauenverbänden, die teils mit Hinweis auf die Selbstbestimmung der Frauen eine begrenzte Zulassung der PID unterstützen, aber andere Frauenverbände fordern mit dem Hinweis auf eine „Technisierung des weiblichen

Körpers und eine Instrumentalisierung menschlichen Lebens“ ein Verbot der PID. Während der eher links-liberale Philosoph Jürgen Habermas mit seinem Buch „Die Zukunft der menschlichen Natur: Auf dem Weg zu einer liberalen Eugenik?“ mit dem Hinweis auf die Konsequenzen eines von Menschen selektierten Lebens für ein Verbot der PID streitet, plädiert der Philosoph Peter Sloterdijk für eine Zulassung der PID, da sich die Ethik am Stand der Technik orientieren müsse.

Was sind die entscheidenden Argumente der Gegner und der Befürworter einer begrenzten Zulassung der PID?

Die Befürworter einer begrenzten Zulassung betonen das schwere Leid, das besonders Frauen durch eine oder mehrere Totgeburten oder durch die Fürsorge für schwerbehinderte Kinder tragen müssen. Sie plädieren für mehr Verständnis für das Leid der betroffenen Menschen und verweisen auf die geringen Zahlen im europäischen Ausland. Dabei fordern sie genaue Regelungen, um die PID diesen Frauen zu ermöglichen. So schlagen sie zertifizierte Zentren vor, die eine PID durchführen dürfen; sie fordern klare Indikationen wie eine bekannte Erbkrankheit in der Familie. Die PID als ein „Embryo-Screening“ auf unbekannte Genmutationen und das Forschen an totipotenten Zellen wird auch von den Befürwortern abgelehnt.

Der evangelische Theologe Dr. Hartmut Kreß, Universität Bonn, argumentiert für eine begrenzte Zulassung der PID mit folgendem Argument: „Der ganz frühe Embryo, an dem eine PID vorgenommen wird, ist menschliches Leben (*Human Life*); jedoch ist er noch kein entwickeltes menschliches Individuum, noch kein *Human Being*. Wenn man dies ernst nimmt, führt dies zu der Einsicht: Im Umgang mit dem ganz frühen menschlichen Leben sind Güterabwägungen statthaft. Das Ziel der PID ist hochrangig, nämlich das Vermeiden von Leid, die Gesundheitsfürsorge und der Gesundheitsschutz für ein erhofftes Kind. Dieses Motiv kann im konkreten Fall so schwer wiegen, dass es gerechtfertigt ist, am frühen Embryo – der noch ganz unentwickelt ist – eine genetische Untersuchung vorzunehmen und geschädigte oder überzählige Frühembryonen beiseite zu legen.“

Die Befürworter eines vollständigen Verbots verweisen darauf, dass der

in diesem Argument aufscheinende Gradualismus nicht die Frage beantworten kann, wann denn aus dem menschlichen Leben ein menschliches Individuum wird. Das führe zu einer gewissen Beliebigkeit – und dies könne dazu führen, dass in nachfolgenden Debatten dem Embryo immer später die fundamentalen Menschenrechte zuerkannt werden. Weiter verweisen sie auf das Dilemma, dass mit der PID eine Selektion menschlichen Lebens erfolgt, und sie fragen, wer entscheiden soll, nach welcher Erbkrankheit noch geforscht werden darf und nach welcher nicht. Es gibt Erbkrankheiten wie die Chorea Huntington, die in aller Regel erst nach dem 40. Lebensjahr ausbricht, aber dann mit einer Wahrscheinlichkeit von 100 Prozent. Sie ist auf jeden Fall tödlich. Soll, so die Gegner der PID, auch nach solchen Krankheiten geforscht werden dürfen?

Die Entscheidung für oder gegen eine (begrenzte) Zulassung der PID birgt ein Dilemma: ein Verbot kann dazu führen, dass Menschen weiterhin ins Ausland ausweichen, doch auch die begrenzte Zulassung birgt diese Gefahr, denn immer dann, wenn die Begrenzungen zu eng sind, werden die Menschen nach Alternativen suchen und diese auch finden. Doch kann dies kein Argument für eine Zulassung sein, denn eine Gesellschaft braucht ethische Grundsätze, an denen sie sich orientiert.

In einer pluralen Gesellschaft brauchen wir eine tragfähige ethische Basis, die dann auch von der Mehrheit der Menschen verteidigt und eingefordert wird. Dies wird voraussichtlich zu einer begrenzten Zulassung der PID führen.

Doch diese Entscheidung muss das Engagement für eine gerechtere Welt stärken, die Menschen mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen nicht nur die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht, sondern diese mit allen Kräften fördert. Wenn es eine solche gerechtere Gesellschaft gibt, dann werden sich werdende Eltern weniger oft fragen, ob sie sich denn ein Leben mit einem behinderten Kind vorstellen können. Nicht die begrenzte Zulassung einer PID in 200 – 300 Fällen pro Jahr ist das eigentliche ethische Problem, sondern unser alltäglicher Umgang mit Menschen mit Behinderungen und Eltern, die für ein solches Kind Fürsorge leisten, denn sie fühlen sich oftmals allein gelassen.

Bernhard Scholten

Kein Kommentar

Zur Erklärung der Professoren

Immer wieder werde ich angesprochen: Wir sollten als alt-katholische Kirchenzeitung doch das am 4. Februar veröffentlichte Memorandum eines großen Teils der deutschen römisch-katholischen Theologieprofessorinnen und -professoren und die Reaktionen darauf dokumentieren und kommentieren. Und ich merke: Ich will das nicht. Einmal ist diese Erklärung ebenso wie die von weit weniger Theologen unterstützte Gegenerklärung so vielfach selbst in den normalen Tageszeitungen dokumentiert worden, dass sie allen, die sich dafür interessieren, leicht zugänglich sind. Und wer die Veröffentlichungen wirklich verpasst hat, kann es leicht im Internet finden.

Und was sollen wir von alt-katholischer Seite dazu kommentieren, was nicht sowieso schon vor Wochen x-fach gesagt worden wäre? Wir könnten höchstens darauf hinweisen, dass alle sechs Forderungen in unserer Kirche längst erfüllt sind. Aber das ist allen Leserinnen und Lesern von *Christen heute* hinlänglich bekannt. Ich glaube, mein Widerwille dagegen, mich ausführlicher mit dem Thema zu

befassen, kommt vor allem daher, dass sich der Satz aus dem Buch Kohelet darauf anwenden lässt: „Es gibt nichts Neues unter der Sonne“ (Koh 1,9). In Zyklen staut sich der Dampf angesichts der Reformresistenz im römisch-katholischen Kessel so auf, dass er ein Ventil braucht. Dann tun sich durchaus kluge und mutige – weil sie zum Beispiel wagen, das Thema der Frauenordination anzusprechen, obwohl Papst Johannes Paul II. mit quasi-unfehlbarer Autorität ausdrücklich verboten hat, darüber weiter zu debattieren – Menschen zusammen und verfassen eine Resolution. Diese löst bei vielen Erleichterung und Zustimmung aus, weil endlich einmal so renommierte Menschen das aussprechen, was sie selbst denken. Andere sehen dagegen den Untergang der Kirche kommen und schreien entsprechend auf. Für ein paar Wochen herrscht große Aufregung.

Aber ich habe mich entschieden, mich davon nicht anstecken zu lassen. Denn es wird gehen wie noch jedes Mal, wenn es wieder so weit war: Das Ganze wird von Rom ausgesessen, bis die Aufregung sich wieder gelegt

hat. Wie sagte der Freiburger Dogmatikprofessor Helmut Hoping in einem der hiesigen Werbeblättchen in der Schlagzeile: „Deutschland ist nicht der Nabel der katholischen Welt.“ Genau das ist die römische Sicht auch. Übersetzt heißt das: Lasst die sich doch in Deutschland ein bisschen aufregen. Das bringt den Kirchen-Mega-Liner noch lange nicht vom Kurs ab. Daran ändert die Äußerung von Erzbischof Robert Zollitsch über den Dialog nichts, der vielen Hoffnung gemacht hat, denn er sitzt nicht in der Zentrale.

Zurück bleiben werden ein paar verwundete Seelen mehr, ein paar, ja wahrscheinlich sogar viele Enttäuschte mehr, die der Kirche den Rücken kehren, ein paar, deren Idealismus zerstört wurde. Aber das wird in Rom gar nicht bemerkt werden. Und die ganz Harten werden sogar sagen: Um die ist es nicht schade. Wer's nicht glaubt, möge doch mal in einschlägige Internet-Foren hineinschauen und sich über den unchristlichen Ton wundern, der dort herrscht. Übrigens: Sollte ich mich in meiner Einschätzung täuschen, werde ich mich sehr, sehr für die römisch-katholischen Geschwister freuen!

Gerhard Ruisch



Gerhard Ruisch
„kommentiert“
das Memorandum der Theologen.



**„Ich möchte Leuchtturm sein
in Nacht und Wind –
für Dorsch und Stint –
für jedes Boot –
und bin doch selbst
ein Schiff in Not!“**

Mit diesem Gedicht leitete der Schriftsteller Wolfgang Borchert sein 1946 erschienenes Buch „Laterne, Nacht und Sterne“ ein. In diesen wenigen Worten beschreibt Borchert seine großen Erwartungen für sein Leben, und gleichzeitig drückt er damit seinen Schmerz aus, weil er das bisher nicht erreicht hat und wohl auch nicht mehr erreichen wird. Ein Jahr später starb er mit nur 26 Jahren an den Folgen des II. Weltkriegs, der ihn physisch und psychisch zermürbt hat. Dieses Gedicht ist mir in den Sinn gekommen, als ich an einem der letzten Sonntage die Worte vom „Salz der Erde“ und vom „Licht der Welt“ im Evangelium gehört habe.

Wie weit sind wir Christen, sind die Kirchen und ganz persönlich auch ich selber davon entfernt, Salz der Erde und



Siegfried Thuringer
ist Pfarrer in München.

Licht der Welt zu sein? Nicht dass der Wille dazu fehlte, aber vielleicht doch die Kraft und die Zuversicht, dass wir genau das sein könnten. Gleichen wir nicht allzu oft dem Schiff in Not, von dem Wolfgang Borchert spricht: „Ich möchte Leuchtturm sein ... für jedes Boot – und bin doch selbst ein Schiff in Not!“

Dazu muss ich mir nur in Erinnerung rufen, was die Verantwortlichen in den Kirchen heute so umtreibt: Da geht es um das Bewahren von vermeintlich heiligen Ordnungen (Hierarchien) und weltfremden Strukturen, es geht wie in großen Konzernen um die Effizienz der Verwaltung, und wegen der schwindenden finanziellen Ressourcen werden Überlegungen angestellt, sich zukünftig auf das Kerngeschäft zu konzentrieren, manchmal ohne noch zu wissen, was das für eine Kirche eigentlich bedeutet.

Unsere kleine alt-katholische Kirche ist davon gar nicht ausgenommen, auch da gibt es Ängste vor der Zukunft: Was wird aus einer Gemeinde? Kann eine Gemeinde noch mit einem eigenen Seelsorger besetzt werden, sinkt die Kirchensteuer? Schaffen wir es zu wachsen?

Natürlich haben diese Fragen und Sorgen ihre Berechtigung, müssen ernst genommen und auch aufgegriffen werden. Wenn das aber die Grundsatzfragen des kirchlichen Lebens werden, dann stehen wir Christen in der Gefahr, dass wir an unserem Auftrag vorbei leben und, um mit dem Evangelium zu reden, wie Salz werden, das schal ge-

worden ist und das zu nichts mehr taugt, das hinausgeworfen und zertreten wird. Oder wir werden wie Licht, das mehr und mehr verlöscht, und schließlich, unter den Scheffel gestellt, ausgeht.

Jesu Worte „Ihr seid das Salz der Erde“ – „Ihr seid das Licht der Welt“ werden überliefert im Kontext der Bergpredigt mit den Seligpreisungen. Die Adressaten sind keine Experten für Öffentlichkeitsarbeit, nicht auserwählte Amtsträger, Finanzexperten oder Manager, sondern die, die ihm gefolgt sind und die ihm gerade zuhören. Leute, die alles andere als besondere Menschen sind. Das gilt auch für seinen engsten Jüngerkreis.

Auch das sind Menschen, die das meiste von dem, was er sagt, nicht verstehen! Menschen, die nicht selbstsicher sind und selbstbewusst auftreten, die aber auf der Suche sind, die nachfragen und offen sind für Neues. Menschen, die auch Angst haben, die sich nach seinem Tod aus dem Staub machen und einsperren. Menschen, die ihn verraten und verleugnen. Also ganz normale Menschen mit ihren Stärken und Schwächen, wie wir alle. Und zu denen sagt er: Ihr seid das Salz der Erde! Ihr seid das Licht der Welt.

Jesus sagt nicht: Bemüht euch standhafte Menschen zu werden, die im Glauben fest stehen, die fromm sind, dann werdet ihr irgendwann einmal zum Salz und zum Licht für andere Menschen. Nein: Ihr schwachen Menschen, so wie ihr mir zuhört, ihr seid schon jetzt das Salz der Erde, das Licht für diese Welt. In eurem Leben, in euren Taten soll das sichtbar sein.

Wie das aussehen kann, wird vielleicht deutlich, wenn man Jesu Aussagen vom Salz und vom Licht mit den Seligpreisungen verbindet: Salz sind wir, wenn wir im Geist arm sind, das heißt wenn wir offen sind für Gott, ihn suchen und nach ihm fragen. Licht sind wir, wenn wir nach Gerechtigkeit streben, in unserem privaten und im öffentlichen Leben. Salz sind wir für die Menschen, wenn wir Erbarmen mit anderen haben und barmherzig sind, das heißt auch über Fehler und Schwächen anderer hinwegsehen können. Licht sind wir, wenn wir ein reines Herz haben, ein offenes und weites Herz, in dem viel Platz ist für Gott und für andere Menschen. Salz sind wir, wenn wir aus unserem Herzen keine Mördergrube machen und nicht alles mit Hintergedanken tun. Licht sind wir für andere, wenn wir in unserer Welt voller Hass, Streit und Unversöhnlichkeit immer wieder versuchen, Frieden zu stiften.

Wenn wir ganz normalen Menschen das immer wieder versuchen, dann sind wir gesegnet, selig zu preisen, glücklich zu schätzen. Dann zeigt sich, dass wir mit Gott verbunden sind, von ihm gesegnet sind. Dann zeigt sich, dass wir dort, wo wir stehen, Salz sind, das Würze und Stärke hat, oder wie es Fridolin Stier übersetzt: Salz, das Witz hat. Dass uns das als Kirche, als Gemeinde und in unserem persönlichen Leben gelingt, wünsche ich uns allen, denn das ist der Kern der frohen Botschaft Jesu Christi.

Siegfried Thuringer



Dr. Dirk Kranz
ist Akademischer Rat am
Institut für
Psychologie
der Universität Trier.

Religiosität in der Alt-Katholischen Kirche

Eine empirische Studie

Kirchen und „Milieuverengung“

Seit einigen Jahren ist die sogenannte „Sinus-Studie“ in aller Munde. Die vom Heidelberger Marktforschungsinstitut „Sinus“ durchgeführte Erhebung „Religiöse und kirchliche Orientierungen“ bestätigt für die römisch-katholische Kirche einen verbreiteten Verdacht: dass sie mit ihrer Botschaft und ihrem Angebot nur noch begrenzte Ausschnitte unserer Gesellschaft,

nur noch ganz bestimmte „Milieus“ erreicht. Bereits vor über fünfzig Jahren hat Klaus von Bismarck dafür den Ausdruck „Milieuverengung“ geprägt – damals mit Blick auf die evangelische Kirche. Das Problem ist also keineswegs neu, und es ist auch nicht auf eine bestimmte Konfession beschränkt. Interessant ist, dass die Teilnehmer der Sinus-Studie auch nach Wünschen und Erwartungen gefragt wurden, die sie an die römisch-katholische Kirche haben. Angehörige der besonders kirchenfernen „experimentalistischen“ und „hedonistischen“ Milieus forderten

etwa, die römisch-katholische Kirche müsse ihre Strukturen reformieren und Frauen zum Priesteramt zulassen. Solche Äußerungen sind eine wichtige Rückmeldung für Gemeinden und Kirchenleitungen: Sie zeigen Probleme auf, die jeden nachdenklich machen sollten, der die Kirchen künftig nicht als gesellschaftliche Nischenexistenzen sehen will.

Und die alt-katholische Kirche?

Auch in dieser Zeitschrift wurde die „Sinus-Studie“ intensiv diskutiert (CH 4/2008, 5/2008, 5/2009). Dabei stellte sich unvermeidlich die Frage, wie eigentlich die Situation der alt-katholischen Kirche aussieht. Erreichte sie mit ihrem reformorientierten Profil jene Menschen, die sich von der rö-



Teilnehmerinnen und Teilnehmer gesucht!

Im Rahmen eines sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekts sollen Fragen zur Religiosität in der Alt-Katholischen Kirche beantwortet werden – so zum Beispiel:

- Aus welchen sozialen Milieus kommen Alt-Katholiken?
- Welches Gottesbild und Kirchenverständnis haben sie?
- Welche Stärken und Schwächen nehmen sie an ihrer Kirche wahr?

Zur Durchführung dieses Projektes brauchen wir **Ihre Hilfe!** Wir würden uns freuen, wenn möglichst viele Menschen, die der alt-katholischen Kirche angehören oder ihre nahe stehen, sich **ungefähr 15 Minuten Zeit** nehmen würden, einen **Fragebogen** auszufüllen:

- am besten **online** unter www.ak-seminar.de.
- Für diejenigen, die keinen Internetzugang haben, stellen die **Gemeindepfarrer/innen** Fragebögen und Rückumschläge zur Verfügung.
- Sie bekommen den Fragebogen auch direkt beim **Alt-Katholischen Seminar**: Universität Bonn, Alt-Katholisches Seminar, Adenauerallee 33, 53113 Bonn; Tel.: 02 28 - 73 73 30; relak@ak-seminar.de.

Die Auswertung erfolgt selbstverständlich anonym. **Vielen Dank für Ihre Unterstützung!**



Alt-Katholiken



universitätbonn



Universität Trier

misch-katholischen Kirche entfremdet haben? Oder konkurriert sie mit ihr um die gleichen, eher traditionellen und konservativen Milieus? Um solche Fragen beantworten zu können, fehlt bislang eine verlässliche empirische Grundlage. Hier möchten wir mit unserer Studie „Religiosität in der Alt-Katholischen Kirche“ („RelAK“) Abhilfe schaffen. Sie wird in einer Kooperation des Alt-Katholischen Seminars der Universität Bonn mit dem Institut für Psychologie der Universität Trier und der alt-katholischen Bistumsleitung durchgeführt. Unter anderem wollen wir herausfinden: Aus welchen sozialen Milieus kommen Alt-Katholiken? Welches Gottesbild und Kirchenverständnis haben sie? Welche Stärken und Schwächen nehmen sie an ihrer Kirche wahr, und welche Erwartungen haben sie?

Ihre Hilfe ist gefragt!

Wir wollen diese Fragen mit wissenschaftlich erprobten Erhebungsinstrumenten und statistischen Auswertungsmethoden beantworten. Dazu brauchen wir Ihre Hilfe: Füllen Sie doch bitte

unseren Fragebogen aus. Wie das geht, steht in der Anzeige oben. Wir würden uns freuen, wenn möglichst viele von Ihnen an der Befragung teilnehmen würden. Sie müssen dazu übrigens nicht unbedingt alt-katholisch sein! Wir interessieren uns auch für anderskonfessionelle Personen aus dem Umfeld alt-katholischer Gemeinden und auch für solche, die einmal alt-katholisch waren, inzwischen aber wieder ausgetreten sind. Für die Bearbeitung des Fragebogens benötigen Sie nicht mehr als fünfzehn Minuten Zeit.

Wie geht es weiter?

In den folgenden Ausgaben von *Christen heute* werden wir Sie genauer über die Hintergründe unserer Studie informieren: Was sind eigentlich „Milieus“? Wie wurden sie vom „Sinus-Institut“ ermittelt, und welches Modell liegt RelAK zugrunde? Gibt es noch weitere wichtige religionssoziologische Studien – und wie werden sie in RelAK berücksichtigt? Was hat man in anderen Kirchen über Wünsche und Erwartungen verschiedener Milieus herausgefunden, und welche pasto-

ralen Konsequenzen wurden daraus gezogen?

Die Befragung soll bis Ende Juni dauern. Die Auswertung erfolgt anonym. Selbstverständlich werden die Rohdaten nicht an Dritte weitergegeben, auch nicht an die Kirchenleitung. Die Ergebnisse wollen wir unter anderem in *Christen heute* veröffentlichen. Wir hoffen, auf diese Weise eine Art Bestandsaufnahme der Situation geben zu können, in der sich die deutsche alt-katholische Kirche zur Zeit befindet. Dabei wollen wir uns bewusst auf eine Beschreibung beschränken und daraus von unserer Seite keine Ratschläge oder Handlungsvorgaben ableiten. Was eventuelle Konsequenzen betrifft, setzen wir vielmehr auf eine öffentliche Debatte – und würden uns freuen, wenn auch diese Zeitschrift ein Forum dafür werden könnte. So hoffen wir, dass unsere Studie als Grundlage einer offenen Diskussion über Strukturen, pastorale Konzepte und den zukünftigen Weg unserer Kirche dienen kann.

Dirk Kranz
Andreas Krebs



Dr. Andreas Krebs ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am alt-katholischen Seminar der Universität Bonn.

Beerdigungen

Ein neues Rituale, also ein Gebetbuch für die Geistlichen, für die Gestaltung von Trauerfeiern hat die **Liturgische Kommission** unter der Leitung von Pfarrer **Siegfried Thuringer** erarbeitet. Bischof Matthias Ring würdigte das Werk von über 200 Seiten als ein „Ergebnis, das sich auch außerhalb unserer Kirche sehen lassen kann“. Es wird zum Preis von 19 Euro erhältlich sein. Als nächstes Projekt wurde die Herausgabe eines eigenen Lektionars, eines Lesungsbuches für die Gottesdienste, diskutiert. Da dies ein größeres Vorhaben ist, wurde zunächst eine Neuauflage des Ergänzungsbandes beschlossen, der die eigenen Lesungen unserer Kirche enthält, die von der römisch-katholischen Leseordnung abweichen. Es soll noch in diesem Jahr als Einlegeheft zum Lektionar erscheinen.

Kein Glück mit dem Bischofshaus

Nachdem das Bischofshaus mit dem Ordinariat erst vor einem Jahr für den Amtsantritt von **Bischof Matthias Ring** saniert worden ist, hat sich nun überraschend der Abwasserkanal als sanierungsbedürftig herausgestellt. Das bedeutet, dass in den frisch renovierten Büros die Wände aufgestemmt werden, in einem Kellerraum der Fußboden aufgerissen wird und rund ums Haus

alle Dachrinnen neu verlegt werden müssen. Die Kosten werden bei rund 20.000 Euro liegen. Dadurch wird die Arbeit im Ordinariat wieder nur unter starken Beeinträchtigungen geleistet werden können.

Kirche von Schweden

Vom 17. bis 19. Januar kam im schwedischen **Västerås** die **Kommission für den Dialog** zwischen der evangelisch-lutherischen Kirche von Schweden und den alt-katholischen Kirchen der Utrechter Union zusammen. Die Gruppe arbeitet an einem Basisdokument, aufgrund dessen die genannten Kirchen zu einer möglichen Form von Gemeinschaft kommen können. Die Gespräche finden in einer offenen und konstruktiven Atmosphäre statt, in der nebst den bestehenden Unterschieden zwischen den Kirchen oft auch Übereinstimmungen festgestellt werden. Das nächste Treffen ist im Oktober 2011 in Bern/Schweiz geplant.

Studienreise nach Kreta

Um die Kontakte zwischen den orthodoxen und den alt-katholischen Kirchen wieder zu intensivieren, verfolgt die **Internationale Orthodox-Alt-katholische Arbeitsgruppe** eine Reihe von Projekten. Eines davon besteht darin, interessierten Alt-Katholikinnen

und Alt-Katholiken aus verschiedenen Kirchen eine Begegnung mit einer lebendigen Orthodoxie in ihrer eigenen Umgebung zu ermöglichen. Dazu wurde Kreta ausgewählt, wo die für ihre modernen Bildungsaktivitäten renommierte **Orthodoxe Akademie bei Chania** einen geeigneten Aufenthaltsort für Gespräche (in deutscher Sprache) und Ausgangspunkt für Besuche von Gemeinden und Klöstern bildet. Einbezogen ist auch eine ergänzende Erkundung von Natur und Kultur Kretas. Die Studienreise ist für den 14.-20. September 2011 geplant. Anfragen können an Prof. Urs von Arx (u.vonarx@sunrise.ch) gerichtet werden.

Neues Gemeindezentrum

Doppelt so groß – genauso nah – gleiche Kosten – mit diesen Begriffen freut sich die Gemeinde **Nürnberg** über ihr neues Gemeindezentrum. Am 10. April um 16 Uhr werden mit einem Festgottesdienst in der Landauerkapelle die neuen Räume eingeweiht. Dekan Harald Klein kommt zu diesem Anlass aus Rosenheim nach „Nämberch“, wie es fränkisch heißt. Durch den Umzug ändert sich die Adresse des Pfarramts. Es befindet sich ab sofort in der Landauergasse 10. Telefon und Postleitzahl bleiben unverändert.

Aachen Biblisches Essen

Hier riecht es wirklich biblisch! - hörte man mehrere Gottesdienstbesucher sagen, als sie die Treppe zum Kirchenraum hinaufstiegen. Der Grund: Vor dem Gottesdienst hatte Gabi Keusen unten in der Gemeindeküche „biblisch“ gekocht.

Bruder Samuel, der in dieser Messe Lesung und Predigt übernommen hatte, machte schon mit den Einleitungsworten den Gläubigen in der Runde „lange Zähne“, als er von Milch, Honig und anderen Leckereien aus biblischer Zeit erzählte. Die Predigt ordnete er der „Speisung der Fünftausend“ nach Lukas unter. Seine Deutung dieser Wundergeschichte „haute“ alle um; denn für ihn waren die fünf Brote und zwei Fische nicht die Nahrung, die uns auf den Beinen hält, sondern die Nahrung, die den Beinen die Richtung vorgibt. Seine Rätselfrage: „Was wird mehr, wenn man es austeil?“ konnte nicht mit Backwaren und Trockenfisch beantwortet werden. Zumal in



dieser Geschichte nirgendwo von Vermehren die Rede sei, sondern nur von Lehren, Segnen und Verteilen! Die Menschen, die hier zu Tausenden zusammengeströmt waren, hatten Hunger nach Glauben, Halt, Weisheit, Hoffnung. Wenn die fünf Brote für die Thora und die zwei Fische für die Prophetengeschichten und die Psalmen stehen, dann konnten die Jünger an

die Leute weitergeben, was sie selber empfangen hatten. Und das Wenige, was sie verteilten, wurde beim Verteilen nicht weniger, sondern mehr. So hatte das in St. Markus noch niemand gehört und deshalb wollte man auch diesen tiefen Eindruck nicht durch ein Predigtgespräch verwässern. Nach dem Gottesdienst war der Tisch im Gemeinderaum reichlich gedeckt.

Es gab: Esauer Linsen, Numidisches Huhn, Moretum, Olivenpaste, Endivien-
salat ägyptischer Art, Lauchgemüse,
Fladenbrot, Wasser (keinen Wein!) und
als Nachtisch einen „Bibelkuchen“.

Und: „Alle aßen und wurden satt“
und bedankten sich mit einem fröh-
lichen Lied bei Gabi, der Initiatorin.
Man hörte den allgemeinen Wunsch,
„Biblisches Kochen und Essen“ ins

Jahresprogramm der Gemeinde auf-
zunehmen.

Oswald Ortmanns

Bonn und Koblenz Zwei gelungene Gospelkonzerte

St. Cyprian in **Bonn** war gut be-
sucht, als die Gemeinde einge-
laden hatte zu einem Konzert des Gos-
pelchors „Power People“. Er besteht zu
einem guten Teil aus Mitgliedern der
alt-katholischen Gemeinde Mannheim.
Der Chor sang zugunsten der „Stiftung
Namen Jesu Kirche“.

Festliches Glockengeläut machte den
Aufakt, in das der Chor mit dem A-
cappella-Stück „Down to the river to
pray“ einstimmte. Der Mannheimer
Kirchenvorstandsvorsitzende Gerd
Winter führte humorvoll durch das
Programm, in der zweiten Hälfte
sogar in Reimform. Das Programm
wies ein breites Spektrum auf: Nicht
nur Gospels und Spirituals kamen zu
Gehör, sondern auch einige moderne
deutsche Kirchenlieder. Solosängerin
Gaby Bauer aus Viernheim unterstützte
den Chor bei einigen Songs.

Die „Power People“ starteten erst 2009
mit wenigen Sängerinnen und Sängern
als Projektchor, wie Gerd Winter be-
richtete, entwickelten sich aber schon
bald zu einer festen Chorgruppe mit
zwanzig Mitgliedern. Die altersmä-
ßig bunt gemischte Truppe stammt
aus allen Ecken Mannheims und der
Umgebung.

Chorleiter Daniel Fieß, der zugleich
Keyboard spielte, dirigierte den Chor
auf außerordentlich diskrete Weise.
Seit ihrer Gründung tritt die Truppe
vor allem in Gottesdiensten und auf
Gemeindefesten auf. „Heute haben
wir unseren ersten großen Auftritt ohne



den Rahmen eines Gottesdienstes oder
Gemeindefestes. Es ist ein gelungener
Abend für den Chor“, sagte Chorspre-
cherin Gabi Olbrich erfreut.
Am Schluss erhielten die Sänger ste-
henden Applaus und ließen sich gern
noch zu einigen Zugaben bitten.

Auch in **Koblenz** fasste die Kapelle
kaum die zahlreichen Besucherinnen
und Besucher, die sich an den lebendig

und schwungvollen vorgetragenen
Gospelsongs erfreuten. Im September
wird der Chor gemeinsam mit dem Em-
mauschor aus Mannheim ein weiteres
Mal in Koblenz zu Gast sein. Am 11.
September gestaltet er um 17 Uhr den
Koblenzer Evensong in der Basilika
St. Kastor anlässlich der Bundesgar-
tenschau.

Joachim Vobbe/Ralf Staymann

München Renovierung

Endlich war es soweit! Nach man-
cherlei Verzögerungen (eigentlich
wollten wir ja schon zum Kirchentag
im Mai 2010 mit allen Abschnitten der
Renovierung fertig sein) konnte am
6. Februar der Gottesdienst zu „Darstel-
lung des Herrn“ (Lichtmess) wieder in
der neu renovierten Kirche stattfinden.

In einer Lichterprozession sind wir
zu Trompeten- und Orgelmusik in die
Kirche eingezogen. Überwältigend

ist das völlig neue Raumgefühl, das
durch die neue, nach oben weisende
Satteldachdecke entstand ist.

Neu sind auch das Gestühl im Chor-
raum, die Lampen, der Schriftenstand
und die Lautsprecheranlage mit einer
besonderen Vorrichtung für Schwer-
hörige.

Das Beleuchtungskonzept ermög-
licht es, die Ausleuchtung der Kirche
durch voreingestellte Lichtszenarien
den jeweiligen Anlässen anzupassen
(zum Beispiel Festgottesdienst, Got-





tesdienst am Abend, Lichtvesper). Die Innenrenovierung ist damit bis auf die Altarraumgestaltung (Altar, Ambo, Osterkerzenleuchter) abgeschlossen.

Zur 100-jährigen Grundsteinlegung am Samstag, den 28. Mai 2011, soll auch



der dritte Bauabschnitt, die Gestaltung des Altarraums, abgeschlossen werden.

Zu diesem Jubiläum wird es einen Festgottesdienst mit Bischof Matthias Ring geben, an dem auch der neue Altar geweiht werden wird. Daneben ist

unter anderem auch eine Festschrift zur Geschichte der Kirche geplant.

Liesel Bach

Rosenheim

Alt-katholische Seeleute

Dass unser Pfarrer Harald Klein aus dem Rheinland stammt, daraus macht er keinen Hehl, vor allem nicht am Sonntag vor Aschermittwoch. Wie in den Vorjahren hielt er auch diesmal wieder eine gepfefferte „Büttenpredigt“ in gereimten Versen, wofür ihm die Gottesdienstbesucher am Schluss tosenden Beifall spendeten.

Heuer stand der Faschingsgottesdienst unter dem Thema „Seeleute“, und so saßen Schiffskapitäne und Seeräuber nicht erst beim Friedensgruß friedlich nebeneinander. Beweisen mussten die Teilnehmer im Alter von neun bis über 90 Jahren beim Schiffe falten, dass sie die einst erlernten Bastelkünste noch nicht vergessen hatten. Jesu wirkmächtiges Wort beim Sturm auf dem See, das Volkslied „Jetzt fahr'n wir übern See“ und das Kirchenlied „Ein Schiff, das sich Gemeinde nennt“ ermutigten uns, als alt-katholische Seeleute so manche „Kreuz-Fahrt“ miteinander zu wagen.

Michael Pabel



Zum Leserbrief von Johannes Cursiefen zur Rezension des Buches Smit/Segbers, Katholisch in Zeiten der Globalisierung, in CH 2/2011

Der Ökumenische Rat der Kirchen wollte bereits in den 80er Jahren den konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung als gegenseitige Verpflichtung der Kirchen begründen. Ohne sich für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einzusetzen, kann man also nicht Kirche sein. Doch Rom wollte diese Begründung nicht und hat den damaligen Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen Emilio Castro unter Druck gesetzt, den konziliaren Prozess nicht mitzutragen, wenn die im Ökumenischen Rat der Kirchen zusammengeschlossenen evangelischen, orthodoxen, anglikanischen und alt-katholischen Kirchen den konziliaren Prozess mit dem Kirchesein begründen. An dieser abgebrochenen Tradition setzen wir jetzt erneut an. Katholisch ist eine Bezeichnung der Kirche und ein Schlüssel zur Bestimmung der Aufgabe der Kirche angesichts der Globalisierung. Wer, wenn nicht die alt-katholischen und anglikanischen Kirchen könnten es auch tun, die sich katholisch nennen – doch ohne römisch-katholisch zu sein?

Wer über Globalisierung redet, der muss zunächst klären, worüber er spricht. In der Ökumene wird eine hilfreiche Unterscheidung vorgenommen: Globalisierung ist ein weltgeschichtlicher Prozess, in dem die Menschheit immer mehr zusammenwächst. Von diesem Prozess ist die wirtschaftliche Globalisierung zu unterscheiden, die die Einheit der Menschheit über eine weltweite Ausdehnung der Marktwirtschaft organisieren will. Zwei Jahrzehnte lang hieß es, dass Wirtschaft, Politik und Gesellschaft am besten gedeihen, wenn Märkte und Unternehmen in Ruhe gelassen werden, dass die Politik für die Wirtschaft nicht die Lösung sondern das Problem ist, dass es zu freien Märkten keine Alternative gäbe. Der Staat wurde nach dem Motto „Mehr Markt, weniger Staat“ systematisch geschwächt. Gleichzeitig haben sich die USA als Weltpolizist aufgespielt und völkerrechtswidrige Krieg wie im Irak angezettelt.

Im römischen Weltreich hat sich die Alte Kirche „katholisch“ genannt und als eine alternative Gemeinschaft mitten in diesem römischen Weltreich verstanden. „Katholisch“ ist also

eine Selbstbezeichnung der Kirche Jesu Christi in einer frühen Form der politischen und ökonomischen Globalisierung Roms. Mitten im Unrechtssystem wollten die Christen aber eine Alternative leben. „Gleicht euch nicht dieser Welt an“ (Röm 12,2), mahnt Paulus. Und Jesus selber wurde deutlich und sagte: „Ihr wisst, dass die, die als Herrscher gelten, ihre Völker unterdrücken“ (Mk 10,42).

Die Kirchen des Südens und auch unsere philippinische Schwesterkirche weisen uns Christen im Norden darauf hin, dass die jetzige ökonomische und wirtschaftliche Globalisierung eine Fortsetzung des über 500-jährigen Imperialismus und Kolonialismus ist, der sie ausbeutet und arm hält. Das können wir als Christen lernen von unseren Schwesterkirchen, mit denen wir als Geschwister im Glauben verbunden sind. Unsere Schwesterkirche zahlt für ihr Menschenrechtsengagement einen hohen Blutzoll. Mehrere Priester, Laienmitarbeiter und der Erzbischof Ramento wurden ermordet.

In seinem Vorwort schreibt Erzbischof Vercammen über die Berufung der Christen, Zeugnis abzulegen, die Menschen zu befreien, um ihre Würde wieder herzustellen: „Christen haben keine andere Aufgabe als die Aufgabe Christi selbst. Darum haben alle, die aufgrund ihres Einsatzes für soziale Gerechtigkeit bedroht werden, Anteil am Leiden Christi, unseres Herrn. Aus diesem Grund zeichnet sich das Bild Christi ab in jedem Opfer von Ungerechtigkeit.“ Deshalb sagt auch der Rezensent Ulrich Duchrow zu Recht: „Eine Kirche ist nur katholisch, wenn sie Widerstand gegen die imperial-kapitalistische Globalisierung leistet und ihre Glieder bereit sind, dafür das Leben zu geben.“

Dr. Franz Segbers, Kelkheim

Leserbrief zur Ansichtssache „Geschlechter-gerecht“ von Corina Strenzl in Christen heute 3/2011

Wenn Corina Strenzl meint, es bleibe noch viel zu tun in Sachen Geschlechter-Gerechtigkeit, so ist ihr sicher zuzustimmen. Allerdings sehe ich keinen ursächlichen Zusammenhang zwischen ausdrücklicher Nennung der weiblichen Hälfte der Menschheit und unhöflichem Verhalten in der alltäglichen Praxis. Und „Ellbogen-Politik“ ist leider nicht „männlich“ sondern menschlich.

Der Zusammenhang zwischen Sprache und Denken mag komplizierter sein, als Laotse glaubte, geleugnet werden kann die wechselseitige Beziehung allerdings nicht. Dass Sprache sich „zwangsläufig auf das Denken und das damit verbundene Handeln auswirkt“, sagt meines Wissens auch niemand. Aber auch Frau Strenzl will nicht behaupten, „Sprache sei unwichtig“. Und deshalb bin ich froh, dass sich nicht nur in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft seit etwa zwei Jahrzehnten eine geschlechtergerechte Sprache mehr und mehr durchsetzt, sondern dass man sich auch in unserem Bistum darüber Gedanken macht.

Als „angeordnet“ habe ich mein eigenes Bemühen um eine veränderte Sprache noch nie empfunden, entsprechende Ausdrücke auch nicht als „ziemlich künstlich und aufgesetzt“. Vielleicht sind sie manchmal nur etwas ungewohnt.

Als ich 1999 einen Beitrag für *Christen heute* über das Prager Laienforum schrieb, gebrauchte ich den Ausdruck „Teilnehmende“; man mag darüber streiten, ob dieser Begriff glücklich gewählt war oder ob nicht doch „Teilnehmer und Teilnehmerinnen“ hier angebracht gewesen wäre, aber als dann ein Lektor – oder eine Lektorin? – daraus lediglich „Teilnehmer“ gemacht hatte, war das für mich einfach nur ärgerlich. Das würde hoffentlich heute nicht mehr so geschehen.

Noch eine Anregung, die zeigt, dass es nicht immer „Bandwurmanreden“ sein müssen: In manchen Gemeinden hat es sich schon eingebürgert, bei der Ankündigung einer Lesung aus der Briefliteratur des Neuen Testaments nicht mehr „Lesung aus dem Brief des Apostels Paulus an die Römer“ – beziehungsweise andere Adressaten – zu sagen, sondern „Lesung aus dem Brief des Apostels Paulus an die Gemeinde in Rom“. Das ist eine schlichte und doch geschlechtergerechte Sprache, die zudem auch noch sachlich genauer ist.

Gertrud Lüdiger, Bad Oeynhausen

Leserbrief zu „Orden in der alt-katholischen Kirche“ in Christen heute 2/2011

Warum sollen Orden in der ak Kirche keinen Platz haben? Zunächst ist die ak Kirche doch zu allererst katholisch. In der christlichen Kirche gibt es die monastische Lebensweise seit den Anfängen. Das Eremitentum ist übrigens

die älteste Form mönchischen Lebens überhaupt. Daraus entstanden viel später erst die Klöster. Auch moderne Gemeinschaften legen ihre Versprechen auf die evangelischen Räte ab und haben eine Gemeinschaftsleitung. Selbst die sog. Säkularinstitute der rk Kirche. Der einzige Unterschied: in Säkularinstituten werden die Versprechen auf einen bestimmten Zeitraum abgelegt und nicht auf Lebenszeit und die Mitglieder tragen meist keinen Habit, deshalb Säkularinstitut. Sie können nach diesem Zeitraum wählen, ob sie das Versprechen verlängern oder nicht. Deshalb sagt man auch Versprechen und nicht Gelübde oder Profess dazu. Wobei auch da viele Gemeinschaften inzwischen freistellen, das Gelübde auch auf Lebenszeit abzulegen auf Wunsch ihrer Mitglieder, die das als wenig praktikabel fanden, über Jahre und Jahrzehnte hinweg dieses Gelübde zu erneuern.

Was das Armutsgeübde angeht, so denke ich, ist es nötiger denn je. Es geht bei der Armut nicht darum, keinen Besitz zu haben. Der Hl. Franziskus lebte in radikaler Armut. Nur muss man die Zeit, in der er lebte, genauer betrachten. Zu Zeiten des Hl. Franziskus war Geld ein Prestigeobjekt der Reichen, z.B. des gehobenen Bürgertums, zu dem ja eigentlich auch Franziskus selbst gehörte, da sein Vater ein reicher Tuchhändler war. Die einfachen Leute betrieben Tauschhandel. Auf diese Stufe wollte sich Franziskus stellen. In seiner Regel verbot er den Brüdern, Geld auch nur anzusehen. Aber für ihre Arbeit durften sie sehr wohl Naturalien und was sie sonst zum Leben brauchten, annehmen. Heute würde niemand mehr auf die Idee kommen, im Supermarkt Naturalien zu tauschen. Es wäre unsinnig und wahrscheinlich auch unmöglich. Das Armutsgeübde verpflichtet aber wohl dazu, sich auf das Minimum zu beschränken und zu überlegen, was man braucht und was nicht.

Das Gelübde der Ehelosigkeit gibt es selbst bei den Evangelischen und den Anglikanern, die das Zölibat lang vor den AK abgeschafft haben. Ich bin absolut nicht für das Zwangszölibat von Priestern, aber ich bin dafür, dass

Menschen, die zu solch einem Leben berufen sind, die Möglichkeit haben, dies auch zu leben. Wenn man heiratet, tut man es ja auch nicht mit dem Hintergedanken, fremd zu gehen. Es ist eine Bindung, die man eingeht mit der Profess und den Gelübden, wie eine Heirat. Wenn ich einen Menschen liebe, kann ich ihn heiraten. Wenn ich Gott so sehr liebe, dass ich auf Sexualität verzichten möchte, dann sollte das jedem Menschen frei stehen.

Das Gelübde des Gehorsams heißt nicht, bei Ablegung oder einem Eintritt in eine Gemeinschaft den Verstand abzugeben. Zunächst mal heißt es, Gehorsam gegenüber Gott. Zu hören und zu erforschen, wo Gott einen braucht und haben möchte. Was Gott von einem will und dabei seinen eigenen Dickkopf zurückstecken. Was, nebenbei gesagt, ohne Familie oder eine Partnerschaft einfach leichter ist, weil man nur für sich selbst zu entscheiden hat. Leider, das sei an dieser Stelle auch gesagt, wird es immer wieder so sein, dass Menschen, wenn sie eine gewisse Machtposition haben, ob im Beruf oder in Gemeinschaften oder im Privatleben, diese zu ihren Gunsten ausnutzen. Aber keine Gemeinschaft kann ohne eine Leitung und ein gewisses Maß an Gehorsam gegenüber der Leitung funktionieren. So wie die Kirche einen Bischof hat. Nur ist die Aufgabe der Leitung eigentlich nie so gedacht gewesen, blinden Gehorsam einzufordern. Nur um jeden Handgriff will man dann ja auch nicht stundenlang diskutieren, wenn etwas zu erledigen ist.

Was den Hinweis angeht, dass sich Eremitinnen in der ak Kirche überlegen sollten, ob sie passen, da es eine Kontaktkirche ist, da muss ich leider sagen, dass hier das alte Klischee über Eremiten breit macht, das ich durch meinen Artikel auszuräumen versuchte. Eremiten haben immer und zu allen Zeiten für die Menschen eingestanden. Man darf Eremiten nicht mit den Anachoreten verwechseln, die sich völlig aus der Welt zurückziehen. Es gab früher die Schuleremiten, die die Kinder in den Dörfern unterrichteten, in denen keine Schule möglich war. Sicherlich geht

es auch um den Rückzug aus der Welt. Eremiten haben sich aber immer und zu allen Zeiten in den Gemeinden engagiert, waren für die Menschen da.

Jedoch, so denke ich, hat auch unsere zerrüttete Welt Beter nötig, die die Sorgen und Anliegen vor Gott bringen. Wir stehen ein für die, die nicht mehr beten können, die nicht mehr beten wollen, auch für die, die Gott in ihrem Leben nicht mehr sehen. In meiner Gemeinde hier bin ich immer da, wenn man mich braucht und der Kontakt zu Menschen ist für mich sehr wichtig.

Zu der kleinen Geschichte mit dem verknöteten Mann fiel mir noch eine andere Sicht ein. Die ak Kirche ist zunächst katholisch. Damit meine ich nicht den rk Katholizismus! Ansonsten wären wir evangelisch oder Methodisten oder was auch immer. Würden wir diese Wurzeln ausreißen, wären wir nicht mehr katholisch. Zu diesen Wurzeln gehört auch das monastische Leben und die evangelischen Räte genauso wie die Liturgie, die Sakramente, die Weihen und würden wir das weglassen, würden wir uns genauso verbiegen wie der arme Mann mit dem Anzug. Ich bin ein Kind meiner Zeit. Trotzdem trage ich den Habit. Wie ein verheirateter Mann seinen Ehering trägt mit Stolz und Glück, weil er seine Frau liebt. Es muss nicht unbedingt sein, dass Gemeinschaften zwangsläufig zusammenleben. In der Gemeinschaft in der ich „gelernt“ habe, lebte jeder eben dort, wo er oder sie wohnte. Einmal im Jahr trafen wir uns zum großen Treffen. Der Hl. Franziskus hat z.B. auch einen Zweig für verheiratete und Singles geschaffen, den weltlichen dritten Orden. Und für die, die sich zu den evangelischen Räten entschieden, den regulierten dritten Orden. Ich finde, dass nicht alles Alte schlecht ist, und ich finde auch nicht alles Neue gut, nur weil es modern ist. Den Spagat zu schaffen zwischen Altem und Neuem, das finde ich, gilt es. Jedenfalls wäre es für mich sehr traurig gewesen, wenn für Menschen wie mich kein Platz in der ak Kirche gewesen wäre.

Sr. Britta Alt

Für Sie gelesen

Andreas Krebs, Erlösung zur Freiheit. Die „doppelte Freiheit“ Gottes und des Menschen in der Theologie Kurt Stalders, Münster 2011, LIT, 112 S., 19,90 €.

Wie kann der Mensch in der Beziehung zu Gott frei sein? Die Auseinandersetzung mit dieser Frage durchzieht das Denken des christkatholischen Theologen Kurt Stalter (1912-1996), der als Pfarrer (1936-62) und als Professor für NT, Katechetik und Homiletik in Bern

ab 1962 wirkte. Als Mensch und Christ stehen wir mit unserem ganzen Da- und Sosein vor Gott. Gottes Souveränität und Freiheit überwältigt und löscht uns aber nicht aus: durch Gottes Freiheit kommen wir ganz zu uns selbst. Gott wendet sich uns in Freiheit zu und ver-

langt aus dem, was wir sind, eine Antwort, eine Entscheidung, den Vollzug unserer Freiheit. Stalders hochaktuelle Arbeiten kreisen immer wieder um die Frage, wie die menschliche Freiheit, die individuelle Glaubenserfahrung, das eigene Erkenntnisstreben und die persönliche Gewissensverantwortung in Beziehung gesetzt werden können zur „Freiheit“ oder Souveränität Gottes, zu seiner Offenbarung, zur Kirche als Gemeinschaft und zur in ihr wirksamen apostolischen Autorität – und zwar so, dass kein verkürzendes Über- oder Unterordnungsverhältnis entsteht.

Diese verdienstvolle Studie von Andreas Krebs (Alt-Katholisches Seminar der Universität Bonn), die zum ersten Mal zentrale theologische Positionen Stalders systematisch zu rekonstruieren und auf ein grundlegendes Motiv zu beziehen versucht, ist als Bd. 37 in der Reihe „Ökumenische Studien“ erschienen. Es kann über den Webshop des Bistums bestellt werden: www.alt-katholisch.de/shop.

Axel Stark

Anton Aigner SJ, *Die Kunst des Leitens, Würzburg 2011, Echter, 92 S., 8.90 €, Reihe: Ignatianische Impulse Bd. 48.*

Nach dem Bd. 13 des jetzigen deutschen Jesuitenprovinzials Stefan Kiechle „Macht ausüben“ befasst sich der österreichische Provinzial-Socius Aigner mit der Frage, worauf beim Führen und Leiten von Menschen in der Familie, Schule, im Betrieb, im Verein, in der Pfarrei oder im Orden zu achten ist. Wie die ganze Reihe gründen die Antworten von Aigner in der Spiritualität des Ignatius von Loyola. Drei Spannungsfelder der Leitung (Transparenz/Diskretion, Beratung/Entscheidung, Geduld/Konsequenz) werden im 3. Kapitel genannt und erläutert. Die „Kunst des rechten Leitens“ (u.a. Leiten und Macht) wird im 4. Kapitel skizziert. Die Person des Leiters steht im 5. Kapitel im Mittelpunkt (Delegieren können, Freundschaften pflegen, sich begleiten lassen, eine Aus-Zeit nehmen, Fehler machen dürfen, zurücktreten können). Der Schluss widmet sich einem Satz von Ignatius, den Hugo Rahner sinngemäß so formulierte: „Nur wer gehorchen lernt, kann recht befehlen.“ Dass Leiten auch misslingen kann und muss, wird in den zehn Leitsätzen deutlich, die Aigner formuliert und die beschreiben, was man als Leiter auf keinen Fall tun sollte.

Axel Stark

Termine

Terminvorschau

2011

9.-10. April: Dekanatsjugendtreffen des baj Hessen in Wiesbaden

21.-24. April: Kar- und Ostertage intensiv in Lückendorf/Sachsen

28. April-1. Mai: Ring frei – Jugendfreizeit mit dem Bischof in Eppe bei Korbach

16.-20. Mai: Gesamt-Pastoralkonferenz in Neustadt/Weinstraße

21. Mai: Werkstattgespräch in Bonn: „Getröstet“ – Begleitung im Trauerprozess, Ltg. Pfr. Armin Luhmer

27.-29. Mai: Dekanatstage des Dekanats Hessen/Rheinland-Pfalz-Nord/Saarland in Hübigen/Westerwald.

13.-19. Juni: Taizéfahrt des baj Bayern

18. Juni: Feier des 80-jährigen Jubiläums der Bonner Vereinbarung

24.-26. Juni: Paddeltour des baj NRW

9. Juli: Werkstattgespräch in Bonn: „Klag-los“ – Eine Kultur der Klage in Jammerdeutschland; Ltg. Pfrin. Henriette Crüwell, Prof. Franz Segbers

29. Juli-7. August: Jugendfahrt des baj zur Insel Fano/Dänemark

10.-14. August: Internationales alt-katholisches Laienforum in Graz/Österreich

14.-23. August: Ferienfreizeit des baj NRW in Heino/Niederlande (ab 6)

28. August-4. September: Taizéfahrt des baj NRW (ab 17)

29. August-2. September: Internationale alt-katholische Theologenkongferenz in Neustadt/Weinstraße

3.-11. September: Spätsommer-Jugendfahrt des baj Südbaden

11. September: Bundesgartenschau in Koblenz – 12.00 Uhr Eucharistiefeier mit Bischof Matthias Ring in der Festungskirche Ehrenbreitstein, 17.00 Uhr Evensong in der Basilika St. Kastor

16.-18. September: Dekanatswochenende NRW

23.-25. September: PePP-Seminar

24. September: „Gottesdienste der offenen Tür“ – Die Namen Jesu Kirche als alt-katholisches Citykirchenprojekt; NN

24. September: baf-Werkstatt Liturgie in München

***29. September-5. Oktober:** „Besinnungstage mit dem Altbischof“ in Fouday

1. Oktober: baf-Werkstatt Liturgie in Frankfurt

3. Oktober: Diakonatsweihen

14.-16. Oktober: Dekanatsjugend-Vollversammlung des baj NRW

20.-23. Oktober: baf-Jahrestagung in Schmerlenbach

29. Oktober: Werkstattgespräch in Bonn: „Aufbewahrt“ – Die Namen Jesu Kirche als Ort der unvergessenen Namen; Generalvikar Jürgen Wenge

29.-30. Oktober: Dekanatsjugendtreffen des baj Hessen in Offenbach

12. November: baf-Werkstatt Liturgie in Bonn

Erstmals aufgeführte Termine sind mit einem * gekennzeichnet.

Impressum

Christen heute – Zeitung der Alt-Katholiken für Christen heute

Herausgeber: Katholisches Bistum der Alt-Katholiken in Deutschland

Redaktion: Gerhard Ruisch (verantw.), Ludwigstr. 6, 79104 Freiburg,

Tel. 07 61 / 3 64 94, **E-Mail:** redaktion@christen-heute.de

Christian Edringer, Walter Jungbauer, Stephan Neuhaus-Kiefel, Joachim Pfützner, Thomas Walter

Internet: <http://www.christen-heute.de>

Vertrieb und Abonnement: Christen heute, Osterdeich 1, 25845 Nordstrand, Fax: 04842/1511, **E-Mail:** versand@christen-heute.de

Erscheinungsweise: monatlich

Nachrichtendienste: epd, KNA, APD **Bilder:** epd, KNA und privat

Verlag und ©: Alt-katholische Kirchenzeitung, Bonn; Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Abonnement Inland: 21,50 Euro incl. Versandkosten; **Ausland:** 28 Euro

Druck: Druckerei & Verlag Steinmeier, Deiningen

ISSN: 0930-5718

Redaktionsschluss der nächsten Ausgaben:

10. April, 10. Mai



Gerhard Ruisch ist Pfarrer in Freiburg.

Nun sind schon so viele Kommentare zur „Doktoraffäre“ und zum Rücktritt von Minister zu Guttenberg abgegeben worden, dass ich nicht nach Wochen auch noch darauf eingehen will. Aber diese Geschichte hat mich an etwas erinnert, was mir in unserer Kirche aufgefallen ist: Die Titel werden wieder wichtiger.

Zum Beispiel eben die Dokortitel. Ich merke es an den Artikeln, die für *Christen heute* eingesandt werden. Haben früher die Autoren bei Geistlichen die Dokortitel meist weggelassen, so werden sie heute fast immer erwähnt. Das

Merkel den Titel führen darf, weiß ich erst seit ein paar Wochen.

Wieso weiß man so etwas eigentlich

Laien vorbehalten ist. Wir haben seit kurzem einen Ordinariatsrat und eine Finanzreferentin. Die Argumente, die

Von Doktor- und anderen Titeln

kann bei Häufungen manchmal direkt schon zu komischen Wendungen führen wie: „Der Erzbischof von Utrecht Dr. Joris V., Bischof Dr. Matthias R. und Dr. Hajo R. haben sich zum Maumau-Spielen getroffen.“

Nun kann man natürlich sagen, „Ehre, wem Ehre gebührt“, und wer sich eine Promotion hart erarbeitet (und nicht etwa erswindelt) hat, die oder der hat auch ein Recht darauf, mit dem erworbenen Titel angesprochen zu werden. Aus diesem Grunde bin ich auch sehr dafür, dass der Titel an der richtigen Stelle auch angeführt wird.

Was ich aber beobachte, das ist, dass viele Menschen nicht wissen, dass beispielsweise der Vorsitzende der deutschen katholischen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, ebenfalls einen Dokortitel führt. Die frühere Ratsvorsitzende der EKD, Margot Käßmann, ist eigentlich Dr. Margot Käßmann – ich habe es gerade bei Wikipedia nachgeschlagen, weil ich es nicht wusste. Dass Kanzlerin Angela

nicht? Doch nur deshalb, weil es gewöhnlich nicht dabei steht. Da frage ich mich, warum wir dann so viel Wert darauf legen, dass unsere Lehrer beziehungsweise Gelehrten – nichts anderes bedeutet ja Doktor – auch so genannt werden. Müssen wir so betonen, dass auch wir gescheite Leute in unseren Reihen haben? In diesem Fall wäre Vorsicht angebracht, dass wir uns nicht lächerlich machen. Ich plädiere dafür, dass wir hier in *Christen heute* die Dokortitel nur nennen, wo es vom Text her sinnvoll scheint, ansonsten aber darauf verzichten gemäß dem Jesuswort, dass wir uns nicht Lehrer nennen lassen sollen (Matthäus 23,10). Vielleicht mag mir mancher den Vorschlag auslegen als aus dem Neid des Besitzlosen geboren, aber ich glaube nicht, dass es das trifft.

Nun sind in den letzten Jahren in unserer Kirche auch andere Titel (wieder) aufgetaucht. Verdiente Geistliche können nun wieder zum Geistlichen Rat ernannt werden, sozusagen als Pendant zur Bischof-Reinkens-Medaille, die

Bischof Matthias Ring für die letzteren beiden Titel angeführt hat, leuchten mir ein: Der aus der Römisch-Katholischen Kirche bekannte „Ordinariatsrat“ signalisiert anderen Institutionen, dass hier jemand nicht nur Schreibdienste macht, sondern eigene Kompetenz und Entscheidungsbefugnis besitzt. Und unter einer „Finanzreferentin“ können sich öffentliche und andere Stellen eher etwas vorstellen als unter einer „Vorsitzenden der Finanzkommission“ und ihr auch eher zutrauen, dass sie wirklich Geld zu verwalten hat. Es sind also Titel, die mehr nach außen eine Bedeutung haben als für unsere Kirche selbst, in der die Träger der Titel und ihre Aufgaben weithin bekannt sind. Angeblich soll einmal ein Bischof auf die Frage, warum er so großzügig ältere Priester zu Geistlichen Räten ernannt, geantwortet haben: Uns kostet's nix und die Pfarrer freut's. Gut, auch ein Standpunkt. Aber ich erinnere mich, dass ich vor über 20 Jahren, als ich alt-katholisch wurde, es großartig fand, dass mir jemand gesagt hat: In unserer Kirche haben wir keine Ehrentitel. Es gibt nur die Titel, die auch eine Funktion beschreiben, also etwa Bischof, Dekan, Professor, Pfarrer (gab's damals alles nur in männlich). Es schien mir nahe an dem dran zu sein, was Jesus in dem oben zitierten Wort meint, dass seine Jünger sich nicht mit Ehrentiteln wie Meister, Lehrer oder Vater anreden lassen sollen. Deshalb hoffe ich, wir werden den Verzicht auf unnötige Titel auch künftig gewöhnlich durchhalten. Es steht unserer Kirche gut zu Gesicht, wenn wir auf unnötige Hierarchien verzichten, vor allem, wenn es sich um Ehren-Hierarchien handelt. Denn wie sagt Jesus? „Einer ist euer Meister, ihr alle aber seid Geschwister!“ (Matthäus 23,8).

Atomkatastrophe in Japan

Dass die Realität meine Bedenken einholt hatte ich erwartet – nur nicht so schnell. Diese Ausgabe war bereits druckfertig, als Erdbeben und Tsunami Japan erschütterten, und neben der Naturkatastrophe mit Verwüstung, Leid und Tod tausender Menschen auch die Atomkatastrophe im AKW Fukushima ihren Lauf nahm. „Fukushima“ wird sich ähnlich ins kollektive Gedächtnis einbrennen wie „Tschernobyl“. In drei Reaktoren des AKW ist eine Kernschmelze wahrscheinlich. Eine 30-Kilometer-Zone um die Reaktoren ist zum Sperrgebiet erklärt. Hunderttausende Menschen sind evakuiert. Noch wird die radioaktive Wolke auf den Pazifik geweht. Aber wenn der Wind dreht, ist die 250 Kilometer südlicher liegende 35-Millionen-Metropole Tokio betroffen. –

Die vorüberstürzende Bußzeit soll uns an die ständige Umkehr-Bereitschaft von als falsch erkannten Wegen erinnern. Ich glaube, das gilt auch für Fragen unserer Energieversorgung.

Walter Jungbauer

Gerhard Ruisch